

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 29.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 20. Juli 1912.

Redaktion: H. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Ueberzeugung.

Bist du ein Mann, so sei auch Mann,
in Glauben und Gesinnung wahr!
Und dein Bekenntnis, sprich es aus,
nicht scheuend drohende Gefahr!
Mag in die Brüche geh'n das Leben,
was gilt's, bleibt nur die Ehre heil —
Es sei weit eher dir das Leben,
als deine Ueberzeugung feil!

Aus dem Bericht des Gesamtverbandes.

Der Bericht des Gesamtverbandes über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911 bietet in seinem Rückblick über die wichtigsten gewerkschaftlichen Ereignisse und Erscheinungen im vergangenen Jahre eine Fülle von Gedanken und Anregungen. Einleitend weist der Bericht auf die für die christlichen Gewerkschaften gegebene Notwendigkeit hin, ihren grundsätzlichen Standpunkt „zu den verschiedensten Problemen, die sie berühren, auch theoretisch zu umschreiben“. Das sei im Berichtsjahre in den führenden Organen der christlichen Gewerkschaften geschehen.

„Die Art und Weise, wie diese Auseinandersetzung erfolgte und das starke Maß der Beteiligung an derselben von den verschiedensten Lagern her, bewiesen schlagend, daß Entwicklung und Tätigkeit unsere Bewegung mit mehr Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt werden, als es die Gegner wahr haben wollen. Die deutsche Arbeiterschaft ist es ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse schuldig, die richtigen Konsequenzen aus unserer wirtschaftlichen Entwicklung zu ziehen. Diese gebieten aber, die wirtschaftliche Entwicklung, soweit sie gesund ist, fördern zu helfen, um den Anteil der Arbeiter an ihren Ergebnissen in einem höchstmöglichen Grade sicherzustellen. Letzteres kann mit umso größerem Erfolg geschehen, je besser namentlich folgende Vorbedingungen erfüllt sind: Der Unternehmer muß dadurch, daß er seine speziellen Funktionen im Wirtschaftsprozess von den Arbeiterorganisationen anerkannt sieht, gewissermaßen in die moralische Zwangslage zur Verständigung mit denselben gedrängt werden; das Interesse des Staates an der Arbeiterschaft als der weitaus stärksten Schicht der Erwerbstätigen ist dadurch sicherzustellen, daß die Arbeiterschaft dem Staate gibt, was des Staates ist; diese einwandfreie Stellungnahme aber zu Staat und Unternehmern wird dann von selbst die öffentliche Meinung, die mehr denn je in den Wirtschaftskämpfen von entscheidender Bedeutung wird, auf Seiten der Arbeiter und ihrer Organisationen erhalten. Das ist gewiß alles eher als eine sentimentale Liebeserklärung an Staat und Unternehmer. Es handelt sich vielmehr um eine sehr realpolitische, ja nächterne Betrachtung der Dinge, in deren Mittelpunkt der Vorteil der Arbeiter steht. Indes ist es unter den gegebenen Verhältnissen der einzige Weg, um zum Ziele zu kommen und für den sozialen und geistigen Aufstieg des Arbeiterstandes die fundamentale Grundlage in seiner materiellen Besserstellung zu schaffen.“

Gelinge es, meint der Berichterstatter im „Zentralblatt“, „der öffentlichen Meinung eine Auffassung von der gewerkschaftlichen Tätigkeit und Einwirkung zu eigen zu machen, wie sie in vorstehendem angedeutet wurde“, dann sei das der wirksamste Schutz gegen die Bestrebungen zur Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter. — Dann wird auf die Propagierung der „gelben“ Bewegung hingewiesen und gezeigt, daß diese Bestrebungen eine gefährliche Krankheit an unserem ganzen Volkskörper sind und namentlich für das deutsche Wirtschaftsleben eine ernste Gefahr bilden.

„Das deutsche Wirtschaftsleben ist, infolge seiner heillosen Stellung auf dem Weltmarkt, mehr wie irgend

ein anderes auf die Entfaltung der Initiative des Arbeiters angewiesen. Diese Initiative bedingt aber ein gewisses Freiheits- und Selbständigkeitsgefühl des Arbeiters, an das jedoch bei dem einzelstehenden Arbeiter, eben infolge des ihm als einzelnen niederdrückenden Gefühls der Hilflosigkeit im Verhältnis zu der heutigen Uebermacht namentlich des unpersönlichen Betriebs, nicht zu denken ist. Erst die Organisation löst die Kräfte im Arbeiter aus, die ihm das Bewußtsein der Persönlichkeit wiedergeben. Darum handelt es sich auch bei den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter um eine Bewegung, an deren Verlauf und Entwicklung das gesamte Volk interessiert ist. Es stehen dort Werte auf dem Spiel, deren Inanspruchnahme vor einem, nach heutiger Auffassung nicht mehr berechtigten patriarchalischen Empfinden unmöglich halt machen konnte. Der Gesetzgeber seinerseits hat dieser Entwicklung der Dinge durchaus Rechnung zu tragen.“

Daß die Rufe zahlreicher Arbeitgeber nach einem Schutz des Koalitionsrechts weniger der Sorge um den Mißbrauch dieses Rechts entspringen, als vielmehr direkt gewerkschaftsfeindlichen Absichten, beweist deren Stellung zum Schieds- und Einigungsweisen. Als im Berichtsjahre die Bestrebungen angesehenen Sozialpolitiker, das Einigungsweisen den heutigen Bedürfnissen entsprechend auszubauen und damit dem nationalen Wirtschaftsmarkt die ärgsten Erschütterungen zu ersparen, in steigendem Maße die Sympathie der Öffentlichkeit fanden, gellte der fanatische Schrei der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ in die Auseinandersetzungen hinein: „Dann lieber noch eine weitaus größere Verschärfung der Arbeitskämpfe, als sie uns bisher schon beschieden war.“

Um das Schieds- und Einigungsweisen zu miffreditieren, wird immer wieder auf das angebliche Versagen der englischen Einrichtungen zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten verwiesen, obwohl sich sehr leicht nachweisen läßt, daß hier die Dinge doch ganz anders liegen, als es die Arbeitgeberpresse darzustellen beliebt.

Die christlichen Gewerkschaften haben die Frage einer besseren Regelung des Einigungsweises im Berichtsjahre mehrfach diskutiert und Vorschläge in diesem Sinne gemacht. Unter Hinweis auf die von ihnen gemachten Erfahrungen verlangen sie eine solche Art der Regelung, daß auch den Minderheitsorganisationen die Möglichkeit geboten wird, ihre Interessen wahrzunehmen. Die Schieds- und Einigungsinstanzen müssen vom ersten bis zum letzten Glied die Gewähr einer wirklichen Unparteilichkeit bieten und jeder Willkür einen Riegel vorschieben. Prinzipiell treten die christlichen Gewerkschaften auch für die Schaffung eines Reichseinigungsamtes ein, nicht als einer rein bürokratischen Behörde, sondern als einer aus dem wirklichen Leben organisch herauswachsenden Institution.

Der Berichterstatter im „Zentralblatt“ weist diesem Reichseinigungsamte auch eine wichtige Aufgabe zu in Bezug auf Vorbereitung und Schaffung eines besonderen Arbeiterrechts, indem es für eine Vereinheitlichung der auf den Arbeitsvertrag bezüglichen Rechtsprechung einzutreten und zu wirken hätte. Die Schaffung eines besonderen Arbeiterrechts ist dringend notwendig geworden.

„Die Bedürfnisse des gewerblichen Lebens haben längst schon den Rahmen gesprengt, innerhalb dessen sich das heutige, ganz anderen Voraussetzungen angepaßte Recht bewegt. Neben diesem Recht und in einzelnen Bestimmungen sogar gegen dasselbe hat das Leben mit seiner unbeugbaren Logik ein schnell anwachsendes Stück eines neuen Rechtes der Arbeit geschaffen, bei dem es sehr darauf ankommt, daß ihm nach und nach eine einheitliche Form gegeben werde. Dabei sollte man aber auf die verständnisvolle Mitwirkung derjenigen Institutionen sehen, deren Tätigkeit die neuen Rechtsauffassungen mit in erster Linie ins Leben gerufen hat: die Gewerkschaften. Diese haben gerade auf dem hier in Rede stehenden Gebiete auch für den Außenstehenden deutlich erkennbar eine kulturelle Wirksamkeit ersten Ranges entfaltet und sich als wirkliche Kulturbewegung erwiesen. Mit ihren Tarif-, Schieds- und Einigungsbestrebungen beginnt das Rechtswesen einen weniger formalistischen, einen mehr freihellen, vor allem aber sozialen

Zug in sich aufzunehmen, wie er der heutigen Auffassung von: Zwecke des Rechts entspricht. Der Uebergang wird auch hier kein leichter sein. Eben deshalb aber empfiehlt es sich, die Ueberleitung durch die Schaffung eines Sonderrechts, des Arbeitsrechts, anzustreben, nicht aber durch die Verdichtung des heute schon bestehenden Paragraphengefüßels, indem man ein neues Reis auf einen alten Stamm zu pflanzen sucht — weil eben in manchem Wesensungleichheit besteht.“

Der Verwirklichung dieser Forderung ist nichts hinderlicher, als wenn in den Gewerkschaften selber das von ihnen selbst geschaffene Recht verletzt und mißachtet wird. In der Beziehung ist beispielsweise das Verhalten der Berliner Maschinisten eine ernste Gefahr für die ganze Arbeiterschaft. Ueberhaupt macht sich in der freien Gewerkschaftsbewegung eine Stellung zum Streik geltend, die dem reinen Gewerkschaftsinteresse durchaus nicht entspricht. Wie sind die christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre wegen ihrer Stellung zum Streik nicht angepöbel worden! Die christlichen Gewerkschaften betrachten den Streik als letztes Mittel, das nur dann angewandt werden soll, wenn alle friedlichen Mittel erschöpft sind und der Kampf erfolgversprechend ist. Diese Auffassung gehört mit zum Programm der christlichen Gewerkschaften, das sie sich auf ihrem ersten Kongress in Mainz gegeben haben. Wenn die christlichen Gewerkschaften auf diesen Programmpunkt in den letzten Jahren mehr Nachdruck gelegt haben als in der „Sturm- und Drangperiode“, so hat das seine guten gewerkschaftlichen Gründe, über die sich unsere Gegner die Köpfe nicht zu zerbrechen brauchen. Den Jahren des stürmischen Vordrängens mußte infolge der totalen Veränderung in den gewerblichen und gewerkschaftlichen Verhältnissen die Zeit größerer Besonnenheit, der Erziehung und der inneren Festigung folgen. Die gewerkschaftlichen Gewinnmöglichkeiten sind doch wahrhaftig in dem letzten Jahr fünf nicht leichter geworden. Da wäre es traurig um eine Bewegung bestellt, die sich der größeren Verantwortung nicht bewußt werden könnte.

Nachdem der Bericht noch die Jugendfrage besprochen hat, schließt er, mit deutlicher Anspielung auf den Gewerkschaftsstreit, also:

„Der diesmalige Jahresbericht geht zu einer Zeit ins Land, wo die breiteste Öffentlichkeit durch ihre lebhafteste Anteilnahme an dem Geschick der christlichen Gewerkschaften aufs nachdrücklichste bestätigt hat, daß die christlichen Gewerkschaften zu einem Faktor geworden sind, ohne den man sich unser öffentliches Leben kaum noch denken kann. Das bezeugt uns: die Zeit, in der wir gestrebt und gearbeitet haben, war nicht umsonst gelebt. Wir haben uns unsern Platz in verhältnismäßig kurzer Zeit erobert, und die Öffentlichkeit erwartet von uns, daß wir ihn zu behaupten wissen. Die christlichen Gewerkschaften haben selbst kaum jemals soviel und so durchschlagendes Material für ihre Existenznotwendigkeit zusammengetragen, als es in der jüngsten Zeit von dritter Seite zu ihren Gunsten geschehen ist. Es war dies einer von jenen historischen Momenten, wo sozusagen nur eine Frage auf allen Lippen liegt. Und wir dürfen es mit Befriedigung und einem gewissen Stolz sagen, daß unsere Organisationen sich nach allgemeinem Urteil tatsächlich unentbehrlich gemacht haben.“

Wie sollen wir auf diese Vertrauenskundgebung anders und besser antworten, als dadurch, daß wir unsere Reihen mit allen Mitteln zu stärken suchen! Manch neuer Freund ist gewonnen, und mancher, der bisher noch unentschieden war, ist jetzt bereit, sich für eine Bewegung einzusetzen, die so sehr einem wirtschaftlichen, nationalen und allgemein sozialen Bedürfnis entspricht. An unsere Mitglieder im Lande weitum ergeht die Aufforderung, die Situation auszunutzen. Die Befürchtungen, die an ein drohendes Fallen des

Wirtschaftsstandes geknüpft wurden, haben sich als unbegründet erwiesen. Noch ist es Zeit, der Propagandatätigkeit eine breite Entfaltung zu geben. Wenn der Herbst kommt, müssen alle Vorbereitungen zu einer umfassenden Werbung getroffen sein. Wir sind mehr denn je dem ganzen Volke für den Fortschritt unserer Bewegung verantwortlich. Ein jeder sei sich bewusst, daß es auch auf ihn ankommt. Das Werbesystem ist so ausgebaut, daß es Erfolge zeitigen muß, wenn nur ein jeder den ersten Willen hat. Auf also, ohne Verzug!

Heimatische Arbeiterkurse.

Von Dr. E. Sonnenschein (M.-Glabbach), Leiter des Sekretariats Sozialer Studentenarbeit.

II.

Der durchschlagendste Grund für die studentischen Arbeiterkurse ist folgender: Wenn wir uns heute in den gebildeten, besitzenden und führenden Kreisen umsehen, so erschrecken wir über das Maß des Unverständnisses, der Vorurteile, der Unkenntnisse, der mangelhaften Belehrung über und auch der mangelhaften Interessierung für unsere Angelegenheiten. Wieviel tausend Menschen in diesen Kreisen leben ihr Leben, ohne von unseren Kämpfen, von unserer Not, von unseren Plänen, von unseren Gedanken, von unseren Tugenden, von unseren Fehlern, von unserer ganzen Welt etwas zu wissen. Was man aber nicht weiß, dafür kann man sich nicht interessieren. Ist's daher zu verwundern, daß wir in den Kreisen bisher so wenig Verständnis gefunden haben? Was hat denn bis vor einigen Jahren in diesen Kreisen christlich-nationale Arbeiterbewegung, konfessioneller Arbeiterverein, unsere Gewerkschaftsbewegung gegolten? Geltung in den Kreisen ist aber eine Macht im Staat. Bündnis mit Männern der Feder, Sympathie in der öffentlichen Meinung, anerkennende Beurteilung in der großen Presse, Hochachtung bei den geistig führenden Männern ist nicht zu verachten. Das ist oft der halbe Sieg. Wollen wir das haben, dann müssen wir zugreifen, wo wir die Studierenden erfassen können. Sie müssen frühzeitig unsere Gedankengänge kennen lernen, frühzeitig zu uns kommen. Es ist auch kein Wunder, daß aus den Kreisen bisher so wenig praktische Mitarbeit geleistet wurde. Wo sind heute die Vortragenden aus den gebildeten Kreisen, die mit uns gehen? Was für ein Jammer vielfach unser Vortragswesen. Bei den Haaren müssen sie herangezogen werden. Die Vortragenden unserer Vereine, der Arbeitersekretär, der Gewerkschaftsbeamte: immer wieder dieselbe Fülle, immer wieder dieselben überlasteten Persönlichkeiten. Das kann nicht so weitergehen. Wir bedürfen der Mitarbeit frischer Kräfte, die aus den anderen Berufen kommen. Das entspricht auch einem Gedanken christlicher Missionarität. Also die anderen, vor allem die Universitätskreise müssen zu uns herüberkommen.

Kann hat sich aber als einer der erfolgreichsten Wege dieser geistigen Annäherung erwiesen das akademische bzw. studentische Arbeiterbildungswesen. Studenten, die in ihrer Fachausbildung noch nicht fertig sind, sind dennoch imstande, handarbeitenden Volksgenossen auf den oben ausgeführten elementaren Wissensgebieten nützlich zu sein. Und mehr wollen die jungen Leute ja auch nicht. Sie wollen nicht, da sie selbst noch unfertig sind, mit Kenntnissen prahlen, sie wollen höflich und bescheiden gehen, was sie besitzen, sie wollen sich nützlich machen und nicht das Volk durch Bequemlichkeit und Nichtstun verlegen. Sie wollen den Weg zu uns gehen, um auf Grund dessen, was sie bei uns erfahren und hören, später gemeinnützig in Staat und Kirche wirken zu können. Nehmen wir diesen guten Willen offen entgegen.

Es erübrigt als drittes die Beantwortung der Frage, was wir unterzeit zu tun haben, damit in den bevorstehenden Wochen und Monaten die Arbeiterkurse in Bewegung gesetzt in Fluß kommt. Der Ueberdrücklichkeit halber darf ich die einzelnen Forderungen, die wir an uns zu stellen haben, hintereinander folgen lassen.

1. Jeder Leser dieser Blätter, der mitwirken möchte, daß Arbeiterkurse zustandekommen, schreibe heute noch eine Postkarte an das Sekretariat Sozialer Studentenarbeit, M.-Glabbach, Kurze Str. 10, und teile uns mit, daß wir auf ihn rechnen können. Er teile uns weiter mit, mit wem am Orte wir uns in Verbindung setzen sollen, damit aus der Sache etwas wird, damit neue Kurse eingerichtet und bestehende Kurse weiter gefestigt werden. Er verlange gleichzeitig unser Druckmaterial über Heimatische Arbeiterkurse.

2. Jeder Leser dieser Zeilen erkundige sich bei dem Vorsitzenden der Organisation oder des Vereins, dem er angehört: Was tut unsere Organisation am Orte, unser Kartell, unser Bureau zur Förderung dieser Heimatischen Arbeiterkurse. Haben wir schon einmal über die Kurse in unserer Organisation Vortrag gehalten lassen? Haben wir uns schon einmal um Abreisen von Studenten bemüht, die diesen Vortrag halten könnten und die später

in den Kursen arbeiten würden? Oder haben wir bisher geschlafen?

3. Jeder Leser dieser Zeilen überlegt mit seinen Bekannten, ob die Vertrauensmänner, die Vorstandsmitglieder, die Kassierer, die Vorstände, die Sekretäre seines Vereins oder seiner Organisation schon angeregt worden sind, einen solchen Kursus mitzumachen. Er überlegt ferner, ob sich da kein Lokal finden läßt. Einer unserer besten Freunde ist vielleicht Gemeindevater oder Stadtrat. Könnte die Gemeindeverwaltung nicht eine Schule zur Verfügung stellen? Wenn nicht, welche Organisation kann ihr Lokal hergeben?

4. In den nächsten zwei Wochen muß alsdann eine Besprechung einberufen werden, zu der die Vorstände sämtlicher örtlichen vollstündlichen Vereine eingeladen werden, für deren Mitglieder die Kurse Bedeutung haben. Es darf kein Verein vergessen werden, kein Vorsitzender, kein Präses, kein Arbeitersekretär, kein Gewerkschaftsbeamter. Jeder muß helfen und raten, damit die Sache in Schuß kommt. Gleichzeitig müssen die Verbindungen zu den Studenten gesucht werden. Das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ steht hierfür in weitgehendster Weise zur Verfügung. In Bezirken, in denen es an Studenten fehlt, können auswärtige Studenten die Unterrichtsarbeit übernehmen. Für diese muß dann im allgemeinen Kost und Logis beschafft werden. Diese Art der Kurzsichtigkeit wird nur in einzelnen Fällen nötig sein. Im allgemeinen werden sich in örtlichen Bezirken Studenten finden, mit denen man anfangen kann.

5. Da studentische Arbeiterkurse eine studentische Initiative darstellen, so wollen wir von Anfang an darauf sehen, daß unsere Beziehungen zu den Studierenden die richtigen sind. Die Studenten, die Unterricht geben, sind nicht von uns angestellte Beamte, sondern freie, junge Menschen, die aus Interesse zu uns kommen. Wir werden also die ganze Angelegenheit mit ihnen gemeinsam betreiben. Wir werden mit ihnen überlegen und in die Arbeit uns teilen. Studenten sind dankbar dafür, daß während ihrer Abwesenheit in der Universitätsstadt wir bereits die Vorbereitungen übernehmen. Ich betone die gegenseitige Achtung nur, damit nicht eventuelle Verlautbarungen, Anrufe und Zirkulare nachher auf einen Ton gestimmt sind, der zu Mißverständnissen führen kann.

6. Die erwähnte Besprechung überträgt die Vorbereitung der Kurse entweder einer besonders gewählten Kommission oder der schon am Orte bestehenden Sozialen Kommission, die ihrerseits mit der zur Arbeit bereiten studentischen Gruppe zusammenarbeitet. Man läßt in den einzelnen Vereinen über die Sache Vortrag halten, man bittet die einzelnen Vereine, finanziell zu helfen, man läßt Visten zirkulieren für diejenigen, die am Kurse teilnehmen wollen, man sorgt für das Lokal, man agitiert in der Presse. Damit sind die Vorbereitungen erledigt, und die Kurse selbst, die mindestens zehn Abende umfassen, können einsehen.

Zum Schluß dieser Ausführungen gestatte ich mir die Bitte, dem obengenannten Sekretariat sowohl über die Einrichtung der Kurse, wie auch nachher über ihren Erfolg gütig Mitteilung machen zu wollen. Uns interessieren sowohl die Adressen der Studierenden, die Unterricht geben, wie auch Zahlen der Teilnehmer und die Gegenstände, die behandelt worden sind. Nun frisch ans Werk! Es wird uns allen nützen, wenn wir mit denen zusammen frohe Arbeit tun, in deren jugendlich leuchtenden Augen sich die Zukunft spiegelt. Wieviel helle Träume werden in unseren Seelen wieder wach, wenn wir neben denen stehen, die aus der ungetrübten Kraft frühlingshafter idealer Auffassung heraus in die Welt schauen und ihren Pflichten dienen wollen.

Zur Heimarbeiterfrage.

Das Elend in der Hausindustrie einzuschränken, ist eine vornehme Aufgabe. Seit Jahrzehnten arbeiten Menschenfreunde, Sozialpolitiker und Parlamentarier, Geißliche und Laien daran, Mittel ausfindig zu machen, die geeignet sind, die soziale und wirtschaftliche Lage der Heimarbeiter zu heben. Ein Allheilmittel ist bisher ebensowenig gefunden worden, wie zur Lösung anderer sozialer Fragen. Ein Verbot der Heimarbeit, das von radikalen Sozialdemokraten vorgeschlagen worden ist, ist nicht durchführbar. Krüppelhafte Personen, alleinstehende Frauen mit Kindern usw. sind vielfach auf Heimarbeit angewiesen. Die Heimarbeit, das Heimwerk, ist historisch, ist von altersher und hat sich in mancher Gegenden, namentlich in Gebirgsgegenden, so eingelebt, daß ohne schwere Schädigungen der Beteiligten und der ganzen Gegend an eine Ausrottung der Heimarbeit gar nicht zu denken ist.

Trotz der zentralisierenden Tendenz unserer wirtschaftlichen Produktion, der Entwicklung des Fabrik- und Großbetriebes hat sich die Hausindustrie auch in den Städten eingebürgert. Bei der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 waren z. B. in Berlin nach Angaben der Unternehmer 60359 Personen als Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter tätig. Fast zwei Drittel davon, 34886 Personen, gehörten dem weiblichen Geschlecht an. Die meisten der Berliner Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter sind im Bekleidungs-gewerbe tätig, nämlich 33945 weibliche und 11309 männliche Personen. Die Verteilung in den übrigen verschiedenen Gewerbegruppen ist folgende:

	Hausgewerbetreibende	
	männl.	weibl.
Metallverarbeitung	227	656
Maschinen, Instrumente	185	286
Textilindustrie	889	2751
Papierindustrie	186	1031
Lederindustrie	838	712
Holzindustrie	435	623
Nahrungs- und Genussmittel	289	480

Nur in der Lederindustrie überwiegen die männlichen Hausgewerbetreibenden bzw. Heimarbeiter. Im ganzen Königreich Preußen waren 1907 vorhanden 86649 männliche und 141871 weibliche Hausgewerbetreibende. Nach der Stadt Berlin hat die Rheinprovinz die meisten Hausgewerbetreibenden aufzuweisen, nämlich 52277. Die männlichen Personen überwiegen hier um 1101 die weiblichen. In Schlesien gibt es insgesamt 36477 Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter. Im Königreich Bayern gibt es deren 25808, darunter 14098 weibliche Personen. 2347 Personen sind im Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaften beschäftigt, alle übrigen im Gewerbe und Industrie; so bei der Anfertigung von Bleistiften, Lichtern und Seifen, in der Buchbindererei, Holzstiftfabrikation, Korbmacherei, in der Textilindustrie und hauptsächlich in der Schneider- und Kleiderkonfektion.

Um näheres amtlich über die Lage und Verhältnisse der Heimarbeiter zu erfahren, beantragten bereits 1906 im bayr. Landtag die aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten (Dawald, Schirmer, Schwarz): Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter vorzunehmen und dem Landtag als Material vorzulegen. Der Antrag wurde auch mit großer Mehrheit in der Kammer der Abgeordneten angenommen.

In der Kammer der Reichsräte verteidigte der Thronfolger Prinz Ludwig von Bayern den Antrag gegen Angriffe und betonte: „Es muß hier eingegriffen werden, um diesen jammervollen Zuständen ein Ende zu bereiten.“ Obwohl vom Regierungsteile aus intensive Erhebungen in kürzester Frist zugesagt wurden, ist eine allgemeine Erhebung über die Verhältnisse in der Heimindustrie bisher nicht erfolgt, wohl wegen Ueberlastung der Gewerbeaufsichtsbeamten. Spezielle Erhebungen liegen aber vor, z. B. solche über die Korbmacherei, Schachtelmacherei, Stuhl- und Strohhutflächerei, Spitzenkloppelei, Handschuhmacherei und Perlmutterfabrikation. Viele Lichtbilder wurden dabei nicht zutage gefördert, wohl aber solche tiefsauriger Art, ebenso wie in Preußen und Sachsen.

Im Königreich Sachsen wurden 1907 149435 Hausgewerbetreibende ermittelt, darunter 118469 weiblichen Geschlechts. Die Gruppe Textilindustrie weist die größte Zahl von Hausarbeitern auf. An der Spitzenfabrikation, Häkelei, Stiderei sind beteiligt 19756 Frauen, 4337 Männer; in der Hausweberei 18610 Arbeiterinnen und 11157 Arbeiter; an der Herstellung von Strumpfwaren arbeiteten 16555 weibliche und 2771 männliche Hausgewerbetreibende; in allen Branchen dieser Gewerbegruppe waren 1907 über 84000 Haus- und Heimarbeiter beschäftigt. Im Bekleidungs-gewerbe wurden 33279 Frauen und 6700 Männer ermittelt. Bei der Metallverarbeitung und bei der Herstellung von Maschinen, Apparaten und Instrumenten waren beteiligt 5767 weibliche, 1622 männliche Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter.

So finden wir denn überall, in allen Teilen des zweiten Deutschen Reiches, Haus- und Heimarbeiter, nach der Statistik im ganzen Reich 327448 weibliche und 154988 männliche. Diese Statistik macht keinen Anspruch auf besondere Genauigkeit. Es sind bei den gegebenen Ziffern zweifellos auch unselbständige Heimarbeiter enthalten, solche also, die nicht direkt für den Unternehmer arbeiten. Auch bei früheren Zählungen ließen sich die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter nicht genau ermitteln. Es ist deshalb schwer, Vergleiche zu ziehen und genau zu sagen, wieviel die Hausarbeit zu- bzw. abgenommen hat. Eines steht fest! Die Zahl der männlichen Hausgewerbetreibenden hat abgenommen, die Zahl der weiblichen dagegen zugenommen; nach einem Artikel im Reichsarbeitsblatt seit 1895 um 16 Prozent; die Zahl der Männer wäre, nach derselben Quelle, um etwa ein Drittel zurückgegangen.

Ueber die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines Teils der Heimarbeiter unterrichten amtliche und private Zeiterhebungen und Mitteilungen. Insbesondere haben die Gewerkschaften sich bemüht, die Öffentlichkeit über die Mißstände in der Hausindustrie zu unterrichten. Darauf einzugehen erübrigt sich, da an dieser Stelle wiederholt auf die vielfach tiefstaurige Lage dieser Arbeiter-schaft aufmerksam gemacht, und insbesondere ein gezieltes Einschreiten gefordert wurde. Insbesondere haben sich der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen, der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Gesellschaft für Sozialreform durch Darstellung der Verhältnisse in der Hausindustrie und durch Eingaben an den Bundesrat und den Reichstag verdient gemacht. Auch die konfessionellen Vereine, wie der deutsch- evangelische und katholische Frauenbund, sind in derselben Richtung tätig gewesen. Dank der vieljährigen Arbeit hervorragender Abgeordneter des Reichstags, z. B. Dr. Hise, Heyl, von Harnheim und anderer, gelang es endlich, die Gesetzgebungsmaschine zugunsten der Heimarbeiter in Bewegung zu bringen. Mit vieler Mühe kam ein Hausarbeits-gesetz zustande.

Die Frau im Wirtschaftsleben.

I.

Die volkswirtschaftliche Entwicklung und die Sorge um das tägliche Brot haben allmählich einen außerordentlich großen Kreis von Mädchen und Frauen zur Berufsarbeit veranlaßt. In früheren Zeiten, beim Vorherrschen der Naturalwirtschaft und des landwirtschaftlichen Betriebes, hatten Frauen und Töchter in Haus und Hof ein ergiebiges Arbeitsfeld. Sie halfen mit bei der Gewinnung der Rohprodukte zum Lebensunterhalt. Das Kochen und Backen, Brauen und Schlachten, Spinnen und Weben, all das lag im Tätigkeitsgebiet der Frau. Sie hatte zu Hause Arbeit in Fülle und Fülle und konnte dort sich nützlich machen und Verdienst erwerben. Der vielgebrauchte Satz: „Die Frau gehört ins Haus“ hatte damals seine Berechtigung; in bedingter Weise auch heute noch. Bei einer sehr großen Zahl von Frauen ist jedoch die Beschäftigung „zu Hause“ oder am „heimlichen Herd“ ein Ding der Unmöglichkeit, weil kein Haus und Hof, kein Herd für sie errichtet ist.

Wir haben in der Tat in Deutschland, wie auch in den meisten anderen Ländern, einen bedeutenden Ueberschuß an Frauen. Die Berufszählung vom 12. Juni 1907 ergab im Reich eine ortsanwesende Bevölkerung von 61 720 529 Personen. Rund 800 000 über die Hälfte, insgesamt 31 259 429 Personen waren weiblichen Geschlechts. Selbst, wenn also alle Männer heiraten würden und könnten, so blieben immer noch mehr als 1/4 Millionen Frauen übrig. Dazu kommt, daß nicht alle Mädchen bis zum heiratsfähigen Alter von den Eltern ernährt werden können. Die Mädchen müssen ihr Brot selbst erwerben. Weiter kommen hinzu jene Frauen, deren Gatten oder Ernährer ihnen vom Tode entrissen wurde, also die Witwen, sowie die eheverlassenen Frauen. Eine weitere Kategorie auf Berufsarbeit und Erwerb angewiesener Frauen sind jene Ehefrauen, die gezwungen sind, zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen, weil das Einkommen des Mannes nicht zum Unterhalt aller Familienangehörigen ausreicht. Es ist also Zwang, der zahlreiche Frauen und Mädchen zur Berufsarbeit, zur Schule und Werkstatt, zur Heim- oder Fabrikarbeit treibt.

So finden wir denn eine stetig steigende Beteiligung der Frauen am produktiven Wirtschaftsleben. Durch die letzte Berufszählung vom 12. Juni 1907 wurde festgestellt, daß von den nach dem Hauptberuf der Erwerbstätigen ermittelten 30 232 345 Personen 10 035 705 weiblichen Geschlechts waren. Etwas über die Hälfte davon, 5 039 876, waren ledige Frauen. Verwitwete und geschiedene Frauen waren vorhanden 2 045 500; verheiratete erwerbstätige Frauen gab es 2 950 329. Von den insgesamt im Deutschen Reich ermittelten 2 512 219 verwitweten und geschiedenen Frauen sind nur 464 719, nicht ganz ein Fünftel, als nicht hauptberuflich tätig registriert worden. Eine große Anzahl von Witwen ist als nicht mehr erwerbsfähig anzusehen. Von der Gesamtzahl der vorhandenen Witwen waren nämlich 606 595 70 Jahre und darüber alt, 720 611 60 bis unter 70 Jahre. Auch unter den jüngeren Witwen gibt es erwerbsunfähige. Die erwerbsfähigen Witwen müssen, sofern sie nicht von ihrem etwa vorhandenen Vermögen oder Renten leben können, von ihren Angehörigen, von Gemeinden oder Kommunalverbänden ihren Lebensunterhalt ganz oder zum Teil erbitten. Die weitgrößte Zahl der Witwen, das zeigt die Statistik, sucht durch Leistung von Berufsarbeit ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Das ist selbstverständlich und niemand wird sich mit Grund über deren „Konkurrenz“ beklagen können, auch nicht, wenn die ledigen Frauen, statt sich auf die faule Haut zu legen, ernstlicher Beschäftigung nachgehen; die meisten davon sind gezwungen dazu.

Die Zahl Eheschließungen geht zurück, die Zahl der Ehescheidungen steigt. Diese Tatsache führt uns der kürzlich erschienene Band Nr. 236 der Statistik des Deutschen Reichs neuerdings vor Augen.

In dem Bande wird die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1909 behandelt. In diesem Jahre wurden im Deutschen Reich 494 127 Ehen geschlossen, um 6493 weniger als im Jahre 1908. Auf 1000 Einwohner kamen 7,74 Heiraten. Seit dem Jahre 1883 ist diese niedere Ziffer nicht mehr vorgekommen. 1870 bis 1873 kamen auf 1000 Einwohner mehr als 10 Heiraten; dann sank die Ziffer stetig, bis sie 1883 auf 7,67 gefallen war. Von dort an finden sich steigende Heiratsziffern. 1900 kamen auf 1000 Einwohner 8,50 Heiraten. Auch in den folgenden Jahren, bis 1907, war die Heiratsziffer über 8 pro 1000 Einwohner. Eine Zusammenstellung von 1900 bis 1909 ergibt übrigens, daß Deutschland unter den größeren europäischen Staaten immer noch eine höhere Zahl von Eheschließungen hat. In den bezeichneten Jahren ist die Durchschnittsziffer in Deutschland 8,1; in Österreich, Frankreich, England nur 7,8. Italien und die Niederlande haben Heiratsziffern von 7,6 bzw. 7,5. Mit den niedersten Heiratsziffern erscheinen Schweden und Norwegen, nämlich mit 6 pro 1000. Nur einige östliche Staaten, Serbien, Bulgarien, Rumänien, haben höhere Heiratsziffern (10, 9,6 und 8,7) als Deutschland. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß bei uns die Heiratsziffern in den letzten Jahren ständig gesunken sind.

Die Zahl der Ehescheidungen ist stetig gestiegen. Im Jahre 1904 wurden 10 868 Ehen geschieden, fünf Jahre später, also 1909, betrug die Zahl der Ehescheidungen 14 730. Im Jahre 1900 bis 1904 kamen auf 100 000 Einwohner durchschnittlich jährlich 15,8 Ehescheidungen; 1905 schon 19,1; 1907 20,1; 1908 21,2 und im Jahre 1909 kamen auf 100 000 Einwohnerzahl 23,1 Ehescheidungen.

Die Ursachen des Zurückgangs der Heiraten wie der Zunahme der Ehescheidungen sollen hier nicht näher untersucht werden. Die Statistik aber zeigt, daß die Zahl der in der Ehe versorgten Frauen sich verringert. Manches Mädchen und manche Frau wird dadurch in die Berufsarbeit gedrängt, um ihren Unterhalt zu verdienen.

Leicht ist das Unterkommen in einem Betriebe auch nicht immer, zumal da, wo die Konkurrenz der Männer

in Frage kommt. Man kann von diesen auch nicht verlangen, daß sie aus lauter Idealismus ihre Stellen aufgeben und sie Frauen einräumen. Eine Kampfstellung der Männer gegen die Frauen ist aber ebenso wenig angezeigt. Beide gehören zusammen und sich nicht gegenüber. Jeder betet um sein tägliches Brot. Selbst in den Kreisen des männlichen kaufmännischen Personals, das mit großem Unbehagen das starke Eindringen weiblicher Arbeitskräfte in den Kaufmannsberuf entgegengenommen hat, scheint ein Umschwung in diesem Sinne eingetreten zu sein. Angesichts der bereits bestehenden Verhältnisse erscheint es auch als Sisyphusarbeit, gegen die Aufnahme der Frauen im Handelsgewerbe anzukämpfen.

Bei der Berufszählung 1907 waren im Handel und Verkehr bereits 171 573 weibliche Angestellte im Hauptberuf erwerbstätig. Davon waren 137 902 ledig, 1444 waren Witwen. An Schreiberrinnen, Maschinenschreiberinnen, Stenographinnen etc. in Bureau wurden gezählt 72 463. Insgeamt sind die Frauen im Handel und Verkehr um 1/5, die Männer nur 1/3 gestiegen.

Die Frauen-Erwerbsarbeit befindet sich auf der ganzen Linie im Vormarsch. Das mag von mehr als einem Gesichtspunkte aus beklagenswert erscheinen, aber es ist so. Das zeigt sich insbesondere deutlich aus der Bewegung der Krankenkassenmitglieder. In Band 248 der Statistik des Deutschen Reichs vom Jahre 1911 wird nachgewiesen, daß die Zahl der männlichen Mitglieder von 1885 bis 1910 von 3 1/2 Millionen auf 9 1/2 Millionen, das ist ungefähr das 2 1/2 fache, gestiegen ist. Viel stärker aber wuchs, infolge der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen, die Zahl der weiblichen Mitglieder. In demselben Zeitraum stieg die Zahl der versicherten Frauen von 1/4 Millionen auf 3,7 Millionen, das ist eine Steigerung auf das Fünffache. Das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Mitgliedern hat sich erheblich zugunsten der Frauen verschoben. Auf 100 männliche Mitglieder entfielen 1885 22,2 weibliche, 1906 34,4 und 1910 38,8 weibliche Mitglieder.

Bei der Berufszählung 1907 wurde festgestellt, daß von der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung Deutschlands 30,4 Prozent weiblichen Geschlechts sind. Deutschland wird da nur übertroffen von Oesterreich-Ungarn mit 35, Frankreich mit 34,1 und Italien mit 32,4 Prozent erwerbstätiger weiblicher Bevölkerung. Das Anschwellen der Zahlen der erwerbstätigen Frauen steht in Zusammenhang mit unserer industriellen, volkswirtschaftlichen Entwicklung. Darauf ist schon hingewiesen worden. Die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen gegenüber der Berufszählung 1895 betrug 56,59 Prozent, oder absolut 2 979 105 Frauen. Von 1882 bis 1895 sind die weiblichen Erwerbstätigen um 23,60 Prozent gestiegen. Das, obwohl die weiblichen Dienenden seit der letzten Berufszählung um 64 574 oder 4,91 Prozent sich verringert haben.

Webblätter mit verstellbaren Rieten.

(Nachdruck verboten.)

Für gewöhnlich hat das Webe- oder Rietblatt den Zweck, den Abstand der Kettenfäden gleichmäßig zu erhalten, ein seitliches Ausweichen nur in ganz eng begrenzten Gruppen zu gestatten und dann ein Festschlagen oder Festdrücken des eingetragenen Schußfadens auszuführen. Zur Ausübung dieser Funktionen müssen die das Rietblatt zusammensetzenden Stäbchen selbst so gelagert sein, daß sie ihren Abstand nicht verändern können und auch noch weiter befähigt sind, den beim Anschlag des Schusses auf sie ausgeübten Druck auszuhalten.

Diesen Bedingungen entspricht auch das gewöhnliche Blatt ganz gut, gleichgültig, ob dasselbe gebunden oder gegossen ist. Soll aber an diesen Blättern irgend eine Veränderung vorgenommen, ein Rietstab herausgenommen oder eingesetzt werden, so ist das mit ziemlich großen Umständen verknüpft. Man hat deshalb schon lediglich für die Fälle, in denen eine solche Auswechslung infolge einer zufälligen Beschädigung nötig wird, einfach vorgeschlagen, den Zusammenhalt der einzelnen Rietstäbe in anderer Weise zu erzielen, als durch Binden oder Gießen.

So ist es z. B. bekannt geworden, die Festlagerung der Rietstäbe in Holzleisten zu erzielen, in denen seitlich Einschnitte in der Stärke des Rietstabes und in der gewünschten Blattbreite entsprechende Entfernungen vorgesehen waren. Gegen diese die Enden der Rietstäbe aufnehmende Leiste wurde eine sogenannte Deckleiste gelegt, welche infolge ihrer winkelförmigen Gestaltung die Einschnitte oben und an der Seite verdeckte. Wurden dann diese beiden Leisten durch Schrauben, Klammern oder ähnliche Mittel in ihrer gegenseitigen Stellung gesichert, so mußten auch die Rietstäbe mit ihren Enden in diesem, den Bund bildenden Leistenpaare bleiben. Bei Beschädigung des Rietblattes durch Schußschlag oder dergleichen war es nur nötig, die beschädigten Stäbe auszuwechseln und den Verschluss wieder herzustellen. Als besonderer Vorteil dieses Blattes wurde hervorgehoben, daß es unmöglich sei, dieselben Rietstäbe durch Auswechslung der Bundleisten gegen solche mit Einschnitten in anderer Entfernung im Webblatt mit anderer Dichte herzustellen. Ob dieser Einwand resp. diese Begründung besonders glücklich ist, soll dahin gestellt bleiben, jedenfalls wird es zu den Seltenheiten zu rechnen sein, daß jemand, der ein Rietblatt von anderer Dichte braucht, das vorhergehende Rietblatt aus-einandernimmt, um es womöglich nach einigen Tagen wieder zusammenzusetzen zu müssen. Bei dem geringen Preis, den der für ein Webblatt benötigte Flachdraht kostet, wird sich ein solches Vorgehen kaum verlohnen, denn der Arbeitslohn würde bedeutend höher sein als der Materialpreis.

Um eine Veränderung der Rietdichte vornehmen zu können, wurde weiter vorgeschlagen, zwischen den einzelnen Stäben im Bund federnde Einlagen in Form schwacher Platten aus geeignetem Material, wie z. B. glattem oder profiliertem Metall, Leder, Gummi oder dergleichen, einzulegen und durch Schrauben am Ende der Leisten mehr oder weniger kräftig zusammenzupressen, um den Abstand der Stäbe voneinander verändern zu können.

Denselben Zweck hat man auch durch Einfügen starrer Zwischenlagen zu erreichen versucht, welche nach dem Prinzip des Keiles wirken. Die Anordnung ist dabei entweder so getroffen, daß keilförmige Stücke zwischen die Rietstäbe von oben oder von der Seite gepreßt werden. Beim Einpressen solcher Keilstücke von oben sind jedenfalls die Grenzen sehr eng gezogen, denn je tiefer dieselben eingepreßt werden, desto mehr wird der Raum zwischen den Rietstäben in der Höhe beeinträchtigt. Bei einer Horizontalanlagerung können die Keilflächen sehr sanft ansteigen, gewähren also einen größeren Spielraum.

Während nun aber bei allen bisher erörterten Konstruktionen die Verstellbarkeit aller Rieten dieselbe war, d. h. die Veränderung der einzelnen Rietabstände über das ganze Webblatt gleichmäßig war, sind auch Blätter bekannt geworden, bei denen die Verstellbarkeit innerhalb bestimmter Gruppen sich veränderte, so daß über die ganze Blattbreite verteilt Gruppen entstanden, in denen die Rietabstände verschieden waren, zum Zwecke, die Gestaltung des Gewebes so zu beeinflussen, daß auf beiden Seiten einer gedachten Linie Ausbuchtungen sowohl als Einbuchtungen in beliebiger Folge, spannetrisch oder unspannetrisch verteilt, auch Einbuchtungen auf der einen und Ausbuchtungen auf der anderen erzeugt werden können.

Allgemeine Rundschau.

VI. Kongress der christlichen Textilarbeiterorganisationen am 28., 29., 30. und 31. Juli 1912 zu Wien. Tagesordnung: 1. Begrüßungsfeier (veranstaltet vom Verband christlicher Textilarbeiter Oesterreichs). 2. Geschäftsbericht des internationalen Sekretärs. 3. Rechnungsablage der internationalen Unterstützungs-kasse. 4. Berichte der einzelnen Landesorganisationen. 5. Die prinzipielle Stellung der christlichen Textilarbeiterorganisationen a) zur Sozialdemokratie, Referent: F. Krikawa-Wien; b) zur Industrie und den Arbeitgebern, Referent: C. M. Schiffer-Düsseldorf. 6. Zur Frage des Berufsarbeiterchukes in der Textilindustrie, Referent: Fr. Fischer-Düsseldorf. 7. Frauen- und Kinderarbeit in der Textilindustrie, Referent: de Greve-Gent. 8. Die Ausländerfrage in der Textilindustrie, Referent: J. Scherrer-St. Gallen. 9. Erledigung der eingegangenen Anträge. Die internationale Kommission: C. M. Schiffer, Vorsitzender. Th. G. Guising, Sekretär.

Die materiellen Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911 kommen zunächst in dem Ergebnis der von ihnen geführten Lohnbewegungen und Kämpfe zum Ausdruck. Nach dem Jahresbericht, der soeben im „Zentralblatt“ veröffentlicht worden ist, bieten die Erfolge der einzelnen Verbände auf dem Gebiete der Lohnverbesserung und Arbeitszeitverkürzungen folgendes zahlenmäßige Bild:

Berufe	Es wurden erzielt			
	Für Wirtl.	Lohnerhöhung pro Woche	Für Wirtl.	Arbeitszeitverkürzung pro Woche
Textilarbeiter . . .	8 062	1,00—3,00	336	3—6 Stunden
Metallarbeiter . . .	8 063	0,60—9,00	2 032	1/2—6 "
Bauarbeiter . . .	3 868	0,60—6,60	964	3—6 "
Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter . . .	4 340	1,80—3,00	916	3—6 "
Holzarbeiter . . .	4 185	0,90—4,80	2 813	1/2—6 "
Tabakarbeiter . . .	977	0,20—2,75	38	3 "
Kemalarbeiter . . .	3 157	0,50—6,00	—	—
Lederarbeiter . . .	1 774	1,00—5,00	690	1—6 "
Schneider . . .	1 585	1,00—2,30	—	—
Maler . . .	350	0,50—3,50	97	3—6 "
Nahrungs- und Genussmittelindustrie-arbeiter . . .	1 002	1,00—6,00	122	1/2—3 "
Kellner . . .	16	6,00	16	4 "
Graph. Zentralverb.	699	1,00—2,00	496	1/2—6 "

1) Auf den Durchschnitt umgerechnet.

Wie ersichtlich, sind in dieser Tabelle nur Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen berücksichtigt, gewiß das wichtigste der mancherlei Arbeitsgebiete der christlichen Gewerkschaften, aber immerhin doch nur ein Gebiet. Die Erfolge prinzipieller, rechtlicher, hygienischer Natur, das ganze Gebiet aufbauender geistiger Arbeit muß hier, weil nicht auf eine ziffermäßige Formel reduzierbar, ausscheiden. Auch die Abwehr kommt nicht zu ihrem Recht, wie sich ferner Verbesserungen von Werkzeug und Arbeitsgeräten, Lieferung besseren Arbeits-materials nicht erfassen lassen. So berichten beispielsweise die Bergarbeiter von der Erzielung günstigerer Bedingungen von Bezüge des Arbeitsgezeuges (Werkzeuge). Bei den Tabakarbeitern heißt es, in sieben Fällen sei den Bemühungen des Verbandes bessere Behandlung, in vier weiteren Fällen seien Maßregelungen zurückgenommen, in sieben sonstige Beschädigungen abgewehrt und in vier Fällen endlich sonstige Aufbesserungen des Arbeits-verhältnisses erzielt worden. Ähnliches berichtet der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen. 35 Mitglieder hätten höhere Stücklohnätze erreicht, 14 bessere Lieferbedingungen und wöchentliche Lohnzahlung. Von den

Mitgliedern des Verbandes der Nahrungsmittelindustrie-
 arbeiter erhielten nicht weniger als 599, d. i. mehr als
 ein starkes Fünftel, Ferien zugebilligt, deren Dauer
 zwischen 2 und 10 Tagen schwankt. Daß auch die Staats-
 arbeiter- und Angestelltenverbände wiederum für ihre
 Mitglieder wie für die Gesamtheit der Berufsangehörigen
 eine Reihe von Aufbesserungen verschiedenster Art er-
 zielten, geht aus den mancherlei Mitteilungen hervor,
 die diese Verbände im Laufe des vergangenen Jahres
 der christlichen Gewerkschaftspresse machen konnten. Auch
 die jüngsten Verbände sind daran schon beteiligt. So
 war es z. B. wesentlich mit auf die Agitation des
 württembergischen Eisenbahnerverbandes zurückzuführen,
 wenn im württembergischen Etat die für Lohnerhöhungen
 eingesetzte Summe von 700 000 auf 1 050 000 M. ge-
 steigert wurde, so daß die in Betracht kommenden 11 500
 Eisenbahnarbeiter und Hilfsbeamten anstatt der vor-
 gesehenen 20 Pfg., 30 Pfg. tägliche Aufbesserung erhielten.

Alles in allem zeigt diese zahlenmäßige Zusammen-
 fassung, daß die christliche Arbeiterschaft in ihren Berufs-
 verbänden auch im vergangenen Jahre wieder mit an-
 sehnlichem Erfolge ihre wirtschaftlichen Interessen hat
 wahrnehmen können.

Das „Schweigegebot“ für die christlichen Gewerk-
 schaften. Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerk-
 schaften bringt in seiner letzten Nummer einen „Rückblick
 über den Gewerkschaftsstreit“, wobei es auch Stellung
 nimmt zu der vielfach aufgetauchten Meinung, die
 christlichen Gewerkschaften hätten sich einem „Schweige-
 gebot Roms“ gefügt. Namentlich sei von einem außer-
 ordentlichen Gewerkschaftskongresse abgesehen worden,
 weil die römische Kurie das wolle.

Wir haben bereits in der vorigen Nummer gesagt,
 was von diesen Kombinationen und Verdächtigungen zu
 halten ist. Nun schreibt auch das „Zentralblatt“:

„Der Umstand, daß das erwähnte Telegramm des
 Kunzins am gleichen Tage erschien, an der auch die
 Erklärung des Vorstandes in die Presse gelangte, hat
 zu der irrigen Auffassung Veranlassung gegeben, daß
 nunmehr auch die christliche Gewerkschaftspresse die Aus-
 einandersetzungen einzustellen habe. Das ist natürlich falsch,
 wie schon unser Artikel in der vorigen Nummer des
 „Zentralblattes“ beweist. Die christlichen Gewerkschaften
 haben nach allen Richtungen hin die Hand vollständig
 frei. Wenn wir uns aber trotzdem eine gewisse Zurück-
 haltung freiwillig auferlegen, so entspricht dies der
 Klugheit und derjenigen vernünftigen Mäßigung, welche
 die verantwortlichen Führer der christlichen Gewerk-
 schaften einer so kritischen Frage gegenüber unter allen
 Umständen zu beobachten haben und zwar deshalb zu
 beobachten haben, um eine Erledigung des Streites im
 katholischen Lager zu erleichtern, die den christlichen
 Gewerkschaften möglichst günstig und förderlich ist. Wir
 sind überzeugt, daß dafür auch unsere evangelischen Kollegen
 volles Verständnis haben. Es liegt ja auch in ihrem
 Interesse, daß die Frage eine für uns günstige Erledigung
 findet und daß friedliche Zusammenarbeiten in den
 christlichen Gewerkschaften nicht bloß nicht erschwert,
 sondern dauernd möglich und gefördert wird.“

Am allermeisten mißverstanden hat man die Abgabe
 des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses. Man
 kalkulierte, dieselbe sei wesentlich erfolgt unter dem
 Druck der Kundgebung des Kunzins. Für den Außen-
 stehenden konnte ein solcher Zusammenhang als wahr-
 scheinlich gelten; in Wahrheit haben die Mitglieder
 des Vorstandes, welche in Köln die letzte Erklärung
 beraten haben, von diesem Telegramm erst Kenntnis

erhalten, als die Nichtabhaltung des Kongresses bereits
 beschlossen und die Erklärung formuliert war. Für die
 Nichtabhaltung des Kongresses sprachen ausschließlich
 taktische und sachliche Erwägungen, besonders
 die, daß ein Kongreß überflüssig erschien, nachdem die
 Angriffe der Berliner in der Öffentlichkeit auf der
 ganzen Linie so vollständig und gründlich abgeschlagen
 waren. Es sei aber hier noch bemerkt, daß gerade
 ein führender evangelischer Kollege, der mehr als zehn
 Jahre mit in unserer Bewegung steht, sich ganz energisch
 gegen die Abhaltung des Kongresses ausgesprochen hatte,
 wie andererseits führende katholische Kollegen den
 Kongreß gewünscht hatten. Der Beschluß des Vorstandes
 wurde einstimmig gefaßt, ohne daß irgendwelche Er-
 wägungen anderer Art, als die rein sachlichen und tat-
 sächlichen, Platz gegriffen hätten. Es ist im übrigen falsch,
 anzunehmen, daß nunmehr ein außerordentlicher Kongreß
 unter allen Umständen ausgeschlossen sei. Wir können
 im Gegenteil versichern, daß bei veränderter Situation
 die Einberufung eines solchen sofort erfolgen kann.
 Alle Vorbereitungen dazu sind nach wie vor getroffen.“

Zur Jugendfrage macht der Bericht des „Zentral-
 blattes“ über die christlichen Gewerkschaften im Jahre
 1911 einige recht beherzigenswerten Ausführungen. Sie sind
 zwar allgemeiner Natur, nichtsdestoweniger sind die da
 aufgeworfenen Punkte auch für unsere Bewegung von
 großem Belang. Das „Zentralblatt“ schreibt:

„Auf einer Konferenz, welche die Gesellschaft für
 soziale Reform im Mai des Berichtsjahres abhielt,
 wurde mit einer Fülle von Material belegt, daß das
 Jugendproblem nicht nur eine Erziehungsfrage rein
 geistiger und sittlicher Art ist, sondern daß sie, soweit
 namentlich die Arbeiter in Frage kommen, in sehr hohem
 Maße ein Stück Arbeiterschutz und Gewerbehygiene ist.
 Dementsprechend hat ja auch die amtliche Jugendpflege,
 wie sie neuerdings Preußen mit nicht unbeträchtlichen
 staatlichen Mitteln in Angriff genommen, sowohl den
 Ausbau der Fortbildungsschulen, wie auch die sogen.
 körperliche Erziehung auf ihr Programm geschrieben.
 An sich kann dieses Vorgehen nur begrüßt werden. Weil
 wir aber noch im Anfang der Entwicklung dieser Dinge
 stehen, ist es gut, daran zu erinnern, daß die staatliche
 Regelung nicht dazu da sein kann, die private Initiative,
 die mit viel mehr Liebe und Anpassung an die besonderen
 Verhältnisse, Jugendpflege zu betreiben geeignet ist,
 brutal an die Seite zu schieben. Dazu kommt es aber
 gewiß, wenn die Sache in den bisher eingeschlagenen
 Bahnen ihren Fortgang nimmt. Die konfessionellen
 Jugendvereine müssen es schon heute erleben, wie der
 Staat ihnen ein Tätigkeitsgebiet nach dem andern
 nimmt oder sie wenigstens, wie bezüglich des Jung-
 deutchenbundes, zu Kompromissen zwingt, wenn sie
 nicht eine unbequeme mächtige Konkurrenz auf die
 Nase gesetzt haben wollen. Daneben wird eine Regelung
 des Fortbildungsschulwesens angestrebt, die nach und nach
 die Jugendlichen gewissermaßen in einen staatlich über-
 wachten Bereich zwingt. Für die freie Zeit endlich folgt
 in der Abicht der eifrigen Vertreter des Systems die
 eine patriotische Veranstaltung der andern, so daß der
 junge Mensch in seinen Jugendjahren nicht zum Nach-
 denken über sich selbst und seine Bestimmung kommen
 würde. Was wird die Folge sein? Ein riesiger Kägen-
 jammer, der die jungen Leute nach ihrem Erwachen
 gerade in das Lager treibt, vor dem man sie behüten
 wollte. Gewiß hält man sie vielleicht in der Zeit der
 Fortbildungsschule an sich gefesselt; aber die Arbeits-
 stätte und das Wirken auf derselben in der freien Ge-
 sellschaft erwachsener Arbeiter tut doch das ihrige, daß
 die jungen Arbeiter wenigstens später an den ihnen nun
 einmal vorbehaltenen seelischen und Interessentkonflikten
 nicht vorbeikommen, vor denen eine überlaute Jugend-
 pflege sie anscheinend bewahren will. Wir sind gewiß
 keine Schwarzseher aus Prinzip. Wir möchten nur
 warnen, ehe es zu spät ist.“

Was soll die Jugendpflege? Soweit die arbeitende
 Jugend in Betracht kommt: Schutz gewähren gegen
 körperliche und seelische Degeneration; zu staatsbürger-
 licher Gesinnung erziehen. Man braucht sich über diesen
 Zweck nur klar zu sein, um sich zu überzeugen, daß das
 keine Paragrafen- oder Eintrichterungsarbeit ist, sondern
 eine Tätigkeit, deren gutes Gelingen Verständnis für die
 Arbeiterseelen und Sachkenntnis voraussetzt. Wer aber
 verfügt darüber dem Arbeiter gegenüber mehr wie die
 Gewerkschaft, deren Vertreter den jungen Arbeiter gerade
 dort, durch Wort und namentlich durch persönliches Bei-
 spiel, zu beeinflussen imstande sind, wo sich der ent-
 scheidende Teil seines jungen Lebens abspielt: auf der
 Werkstätte? An der Gewerkschaft, auch an der national
 gerichteten, geht indes die Jugendpflege durchweg in
 weitem Bogen vorbei. Wir können es gewiß verdammen,
 daß man in so geringem Maße die christlichen Gewerk-
 schaften zu den Jugendpflegeeinrichtungen zugezogen hat.
 Wir müssen aber, im Interesse der Jugend und ihrer
 Zukunft selbst, fordern, daß der Gewerkschaft der Zugang
 zur Jugend nicht durch eine Jugendpflege sozusagen ab-
 geschnitten wird, über deren Resultat man mindestens
 sehr geteilter Meinung sein kann.“

Was ist Streikbruch? Diese Frage wird im „Ge-
 werksverein“, dem Zentralorgan der Hirsch-Dunckerischen
 Gewerksvereine, aufgeworfen und beantwortet. Es wird
 da zunächst ganz richtig gesagt, wenn Genossen streiken
 um Anderorganisierte aus der Arbeit zu drücken, so könne
 man letztern nicht zumuten, mitzustreiken. Der Selbst-
 erhaltungstrieb zwingt sie weiterzuarbeiten. Ihnen des-
 wegen den Vorwurf des Streikbruchs zu machen, ist „ein
 verurteilenswertes Spiel mit der Ehre rechtlichaffener
 Menschen“, da das Wort Streikbrecher eine ehren-
 ernde Bezeichnung ist. Dann wird untersucht,
 wann einer sich an einem Streik nicht beteiligenden Mehr-
 oder Minderheit, resp. einer sich geschlossen gegen den
 Streik wendenden Organisation der Vorwurf des Streik-
 bruchs gemacht werden kann. Hierfür werden folgende
 Thesen aufgestellt:

„Für die Begriffsbestimmung des Streikbruchs können
 nicht maßgebend sein bzw. reichen nicht aus die Fragen:
 1. einfach ob ein Streik besteht und von jemanden durch-
 brochen wird; 2. ob eine Majorität für den Streik ist und
 die Gegner eine Minorität darstellen; 3. ob sich Organisationen
 als Ganzes gegen den jeweiligen Kampf ablehnen verhalten.
 Vielmehr muß, so lange dem Begriff des Streikbruchs jener
 Matel anhaftet, um dessetwillen er ja gerade angewandt zu
 werden pflegt, die Frage nach der Mafelhaftigkeit des
 Streikdurchbrechens im Einzelfalle immer wieder aufgeworfen
 werden. Und hierbei dürften etwa folgende beiden Gesicht-
 punkte ausschlaggebend sein: Erstens, ob die Forderungen
 etwa objektiv unerreichbar sind; zweitens, ob etwa
 als wirklicher Hauptzweck der Aktion die Schädi-
 gung oder gar die Lockstreikung einer weniger
 kräftigen Organisation von der streikwilligen
 stärkeren erstrebt wird, bzw. ob das vorgegebene
 Hauptziel des Kampfes in einem augenfälligen Mißverhältnis
 zu dem Nebenzweck der Schädigung oder Lockstreikung des
 Konkurrenzverbandes steht. Wenn Forderungen objektiv
 unerreichbar sind, bzw. auch ein Teilerfolg un-
 möglich ist, so kann niemanden zugemutet werden,
 sich in einen schweren Opfer kostenden Kampf zu
 stürzen.“

Der Handel mit Baumwolle, zumindestens auf größere
 Entfernungen hin, ist jüngeren Datums als die Produktion
 und die Verarbeitung der Baumwolle. Denn zunächst wurde
 eben Baumwolle nur in den Sandstrichen der Erde verwendet,
 wo sie angebaut wurde. Nach Professor Dr. A. Doppel in
 Bremen, der die Baumwolle zu seinem Spezialstudium gemacht
 hat, dürfte der Baumwollhandel, soweit Europa in Betracht
 kommt, eine Folgeerscheinung der Kreuzzüge sein. Als das älteste
 Einfuhrgebiet kann Italien gelten. Bereits im Jahre 1140
 wurde auf der öffentlichen Plage in Genua auch Baumwolle
 aus Antiochien und Alexandria gezogen. Von dort aus
 drang die Baumwolle nach Süddeutschland, in das Rhein-
 gebiet und in die Niederlande vor. So wurde Brügge zu
 einem bedeutenden Stapelplatz auch für Baumwolle. Soweit
 nachweisbar, erschien amerikanische Baumwolle und zwar aus
 Havanna im Jahre 1570 zum ersten Male auf dem deutschen
 Markt. Doch blieb die Einfuhr amerikanischer Baumwolle
 noch lange Zeit sehr niedrig. So führte z. B. England um
 das Ende des 17. Jahrhunderts jährlich gegen 2000 Ballen
 Baumwolle aus Amerika ein und diese Menge hatte sich bis
 zur Mitte des 18. Jahrhunderts kaum vergrößert. Erst in
 der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts trat in England ein
 allmähliches Steigen der Baumwolleneinfuhr aus Amerika
 ein. Gegen das Ende des 18. Jahrhunderts wurden bereits
 mehr als 70000 Ballen eingeführt; diese Menge ist zwar
 gering gegenüber den heutigen Einfuhrziffern, aber das Wachst-
 tum im Verhältnis zu den früheren Zeiten war doch sehr be-
 deutend. In Deutschland, wo die Verarbeitung von Baum-
 wolle namentlich im Süden schon eine nennenswerte Ver-
 breitung gefunden hatte, zerbrach der dreißigjährige Krieg
 wie so vieles andere auch dieses Gewerbe. Erst das 19.
 Jahrhundert brachte für die Baumwollindustrie und für den
 Baumwollanbau die raumwerte Entwicklung, die wir
 jetzt erreicht haben. Diese Entwicklung unterlag nur einer
 jähen Unterbrechung durch den nordamerikanischen Bürger-
 krieg in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts.
 Durch diesen Krieg wurde die amerikanische Baumwollzufuhr
 so gut wie ganz unterbrochen. Von 3127568 Ballen im
 Jahre 1860/61 sank die Zufuhr von Baumwolle in den Ver-
 einigten Staaten auf 10998 Ballen im Jahre 1862/63. Von
 einer Baumwolleneinfuhr konnte also beinahe nicht mehr
 gesprochen werden. Dadurch trat in England ein „Hunger
 nach Baumwolle“ ein, der die Baumwollindustrie in eine
 schwere Krise führte. Die Textilarbeiter Englands mußten
 zu hunderttausenden feiern und sie waren zum größten Teil

Die Baumwollenindustrie und die Baumwolle in der Volks- und Weltwirtschaft.

Von Albin Michel, Berlin.

III.

Seit dem Jahre 1901 ist gewiß die Anbaufläche nicht kleiner
 geworden. Ingesamt dürfte jetzt die Baumwollenanbaufläche
 der Erde auf 20 Millionen ha eingeschätzt werden, ein Gebiet
 so groß, daß man den drei bereits erwähnten deutschen
 Bundesstaaten noch die preussischen Provinzen Brandenburg,
 Pommern und Posen angliedern könnte, um die Fläche zu
 umgrenzen, auf der Baumwolle angebaut wird. Die üb-
 rige Stelle der Vereinigten Staaten als Baumwoll-
 anbauland tritt für Deutschland und Großbritannien noch
 mehr hervor, weil in dieser beiden Ländern noch mehr ameri-
 kanische Baumwolle verarbeitet wird, als der Prozentfuß der
 amerikanischen Baumwollproduktion in der Weltwirtschaft
 ausmacht. In Deutschland kommen 70 bis 80 Prozent der
 verarbeiteten Baumwolle aus den Vereinigten Staaten, in
 Großbritannien sogar 80 bis 85 Prozent.

Die Monopolstellung Nordamerikas als Baumwoll-
 produktion und auch der Umstand, daß die Anbaufläche
 für Baumwolle nicht so rasch gestiegen ist wie die Vermehrung
 des Bedarfs an Baumwolle haben es bewirkt, daß in den
 letzten Jahren die Baumwolle oft das Objekt der wilden
 und verwegenen Spekulationen war. Niedrige Stützen sind
 oft in ganz kurzer Zeit an der Baumwolle verloren und ge-
 wonnen worden und an der Baumwollbörse in New-York
 ist es schon öfter zwischen den sich gegenseitig bekämpfenden
 Spekulanten zu den wilden Sprüngen gekommen. Deshalb
 hat auch der ganze Handel mit Baumwolle und mit Baum-
 wollwaren noch immer einen spekulativen Charakter. Das
 macht sich bemerkbar bis herab zum Detailisten im Ver-
 käuflichen, am meisten aber müssen damit die Spinnereien
 rechnen. Da sich die Spinnereien vorher mit Rohmaterialien
 beden müßten, so kam ein plötzliches Herabgehen der Preise,
 wie es oft durch allerlei Vorkommnisse erreicht wird, eine
 Schädigung bringen, die zum Ruin führt, bei größeren Preis-
 steigungen der Baumwolle kann die Preisveränderung aber
 auch zu tiefen Gewinnen führen.

auf die öffentliche oder private Armenpflege angewiesen. Erst
 im Jahre 1879/80 erreichten die Vereinigten Staaten wieder
 die gleich hohe Zufuhr an Baumwolle, wie sie diese bereits
 1860/61 gehabt hatten.

War die Unterbindung der Zufuhr von Baumwolle aus
 den Vereinigten Staaten für die englische Baumwollindustrie
 ein schwerer Schlag, so wurde dieser „Hunger nach Baum-
 wolle“ auch für die Engländer der Anlaß, sich nach anderen
 Einfuhrländern umzusehen, Umfah zu halten, wo sich Baum-
 wolle anpflanzen läßt und den Gebieten, wo der Baumwoll-
 anbau schon bekannt war, Förderung und Aufmunterung
 angedeihen zu lassen. In manchen Ländern wurde dadurch
 nur eine kurze Blüte des Baumwollanbaues erreicht, in
 einzelnen Ländern, so namentlich in Ägypten, wurde aber
 dadurch die Baumwollproduktion dauernd gefördert.

Die wichtigsten Ausfuhrhäfen und Hauptmärkte für
 Baumwolle in den Ländern mit Baumwollanbau sind New-
 Orleans, Charleston, Savannah, Galveston und New-York
 für die Vereinigten Staaten von Amerika, Pernambuco und
 Bahia für Brasilien, Bombay, Calcutta, Madras für Ost-
 indien und Alexandria für Ägypten. Wie bei den Aus-
 fuhrländern New-York als der wichtigste Platz für den Baum-
 wollhandel angesehen werden muß, so muß Liverpool als
 der wichtigste Baumwollstapelplatz bei den Einfuhrländern
 angesehen werden. Da der Handel mit Baumwolle in Liver-
 pool ausgebildet worden ist, so werden die Bezeichnungen,
 die in Liverpool allgemein galten, auch in anderen Stapel-
 plätzen der Baumwolle anerkannt. Insbesondere die Quali-
 tätsklassifikation von Liverpool wird überall anerkannt mit
 Ausnahme der französischen Plätze Havre und Marseille.
 Für Deutschland kommt Bremen als Handels- und Stapel-
 platz für Baumwolle in Betracht; neben Liverpool ist Bremen
 überhaupt der bedeutendste Platz für den Handel mit Baum-
 wolle. Für Frankreich kommt außer den beiden bereits er-
 wähnten Plätzen noch Dünkirchen in Betracht. In Belgien
 ist Antwerpen der Stapelplatz für Baumwolle, in Italien
 kommen als Einfuhrhäfen für Baumwolle in Betracht Venedig,
 Neapel und Genua, für Österreich ist es Triest. Bremen,
 Liverpool und New-York haben besondere Baumwollbörsen,
 wo die Baumwolle im großen gehandelt wird.

Nur dann, wenn die Forderungen im allgemeinen nach Maßgabe der Machtverhältnisse und der sozialen Einsicht des wirtschaftlichen Gegners nicht unerreichbar sind, liege Streikbruch vor, vorausgesetzt, daß nicht der zweite Einschränkungsfall vorliege. Werde mit einer Aktion offen oder verschleiert der Zweck verfolgt, die gegnerische Gewerkschaft zu schädigen oder zu vernichten, so könne dieser natürlich nicht zugemutet werden, sich am Kampfe zu beteiligen, gleichviel ob sich dieser unmittelbar gegen die andere Organisation richte, oder aber er den Zweck ihrer Vernichtung hinter Forderungen an den Unternehmern verberge.

So das Hirsch-Dundersche Organ. Diese Ausführungen sind eine glänzende Rechtfertigung der Taktik des christlichen Bergarbeiterverbandes beim letzten Bergarbeiterstreik. Da waren die Forderungen der Arbeiter — obschon billig und gerecht — nach „Maßgabe der Machtverhältnisse und der sozialen Einsicht des wirtschaftlichen Gegners“ objektiv unerreichbar und die Niederlage der Arbeiter sicher. Dem roten Bergarbeiterverband waren die gestellten Forderungen nur Mittel zum Zweck. Der Kampf selbst galt in erster Linie dem Gewerksverein. Vielleicht kam noch hinzu, daß der rote Verband die Geister, die er gerufen, nicht mehr zu händigen vermochte und so zum Streik gezwungen war. Aber auch das konnte für den Gewerksverein nicht Veranlassung sein, von seinem von rein sachlichen Gründen diktierten Standpunkt abzugehen. Steht so der Gewerksverein einerseits gerechtfertigt da, so charakterisiert sich andererseits nach den Ausführungen des Hirsch-Dunderschen Organs, das Streikbruchgeschäft der Genossen und der — Hirsch als „ein verurteilenswertes Spiel mit der Ehre rechtlichaffener Menschen“. Hoffentlich werden die Hirsch-Dunderschen wenigstens das beherzigen.

In den Mitteln vergriffen. Durch einen Teil der bürgerlichen Presse geht eine gleichlautende Notiz, die sich mit einem Vorkommnis aus dem englischen Dockarbeiterstreik beschäftigt. Danach soll der Führer der englischen Dockarbeiter, Ben Tillet, während des Streiks abends in einem teuren Londoner Restaurant soupiert, Champagner getrunken und riesige Zigarren geraucht haben, wogegen er anderen Tags in den Arbeiterzeitungen Klage darüber führte, daß die armen Streikenden und ihre Familien im Osten Hunger leiden und darben müßten.

Wir wissen nicht, ob es sich hier um Wahrheit oder Dichtung handelt, sind aber auf Grund von Erfahrungen mit ähnlichen Meldungen sehr geneigt, das letztere anzunehmen. Jedoch, worauf es uns ankommt, ist die Bemerkung, mit der diese Erzählung eingeleitet wird. Sie lautet:

„Es ist bekannt, daß die Arbeiterführer ein recht behagliches Leben auf Kosten der Arbeitergroßen führen. Ein neues hübsches Beispiel für solche „darbende“ Arbeiterführer gibt usw.“

Hier wird ganz allgemein gesagt, daß die Arbeiterführer ein recht behagliches Leben auf Kosten der Arbeitergroßen führen. Dann wird höhnend von den „darbenden Arbeiterführern“ gesprochen und zum Beweise das jedenfalls aus den Fingern gesogene Märchen aus England angeführt.

U. a. fanden wir diese Notiz im „Westfälischen Merkur“ vom 11. 6. 1912, und da dieses Blatt doch nicht gerne zu der Gattung der arbeit- und gewerkschaftsfeindlichen Presse gezählt werden will, halten wir es für notwendig, einiges dazu zu sagen. Und zwar folgendes:

Mit der Verbreitung solcher, stark an die berüchtigte Manier des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erinnernder, gänzlich beweisloser und unkontrollierbarer Märchen jagt man der Sozialdemokratie auch keinen Mann ab. Unsere bürgerliche Presse, die auf Qualität Anspruch macht — und dazu rechnen wir den Merkur — sollte nicht zu einer solchen Art über Sozialistenhetze herabsteigen. Das hilft der Sache nicht, der sie dienen will. Ganz entschieden aber legen wir Verwahrung ein gegen den Satz des Merkur, „es ist bekannt, daß die Arbeiterführer ein recht behagliches Leben auf Kosten der Arbeitergroßen führen“ und daß er höhnend von den „darbenden Arbeiterführern“ spricht. Auch die Beamten der katholischen Arbeitervereine und der christl. Gewerkschaften werden von Arbeitergroßen bezahlt, darum liegt in der Bemerkung des Merkur eine arge Beleidigung auch dieser Arbeiterführer. Wenn es so bekannt sein soll, daß „die Arbeiterführer ein behagliches Leben führen auf Kosten der Arbeitergroßen“, dann möchten wir einige Herren der bürgerlichen Presse einladen, einige Monate für das Gehalt der Arbeiterbeamten all die Agitations-, Organisations- und Verwaltungsmittel mitzumachen, die unsere Arbeiterbeamten zu leisten haben und die sie durchweg mit Hingabe und Treue gewissenhaft im Interesse der Arbeiter erfüllen. Dann würden sie bald der Ueberzeugung werden, daß es mit dem „behaglichen Leben auf Kosten der Arbeitergroßen“ nicht weit her ist.

Durch solche Notizen, wie die hier gerügte, wird auch das Vertrauen der christlichen Arbeiterschaft zu ihren Führern und ihren Organisationen untergraben. Sie treffen die christlichen Gewerkschaften so gut wie die konfessionellen Arbeitervereine. So leisten sie gerade der Sozialdemokratie, die sie bekämpfen sollen, Vorschub.

Das unrühmliche Ende der Wolfjade. Bekanntlich mußte vor zwei Jahren der Beamte des christlichen Gemeinde- und Verkehrsarbeiterverbandes, Wolf, seines Postens enthoben werden, weil er sich als ein ganz gefährlicher Intrigant erweisen hatte. Aus Rache gab Wolf eine Broschüre gegen den genannten Verband heraus, die von verleumdenden Angriffen und Beleidigungen namentlich gegen den ersten und zweiten Vor-

sitzenden, die Kollegen Osvald und Exremmel und gegen den Kassierer des Verbandes wimmelte.

Der Inhalt der Broschüre wurde von sozialdemokratischer Seite zu einem Verleumdungsfeldzug gegen die christliche Arbeiterbewegung ausgebaut. In der Gerichtsverhandlung erster Instanz vor dem Schöffengericht Ruhrtal am 23. und 24. Oktober 1911 blieb Wolf den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen schuldig und wurde zu 400 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Die von Wolf veranlaßte Berufungsverhandlung nahm nach längeren Darlegungen zwischen dem Gerichtsvorsitzenden und dem Privatbeklagten Wolf einen unerwartet schnellen Ausgang, indem Wolf seine Berufung zurückzog, weil er einsah, daß er das Spiel endgültig verloren hatte. Am meisten enttäuscht sind von diesem Ausgang des Prozesses die Sozialdemokraten, die als Meistinteressierte bei der Aktion des Herrn Wolf nicht auf ihre Rechnung gekommen sind.

Die belgischen Genossen für den Generalstreik. Eine Niederlage bei den letzten Parlamentswahlen in Belgien hat in den sozialistischen Massen eine ungeheure Wut und Erbitterung erzeugt. Schon direkt nach der Wahl kam es zu blutigen Zusammenstößen. In einigen Gebieten traten die enttäuschten Genossen, die, den Versprechungen ihrer Führer glaubend, sich bereits am Ziele ihrer Wünsche wähnten, in den Streik. Nur mit Mühe gelang es den sozialdemokratischen Größen, die verhetzten Massen zu beschwichtigen und sie von revolutionären Butschen zurückzuhalten. In etwa aber mußten sie ihren radikalisierten Genossen entgegenkommen. So entschied sich denn der Generalrat der Partei für den Generalstreik, mittelst dessen eine Aenderung des Wahlrechtes erstrebt werden soll.

Ein Parteitag, der am 1. Juli in Brüssel stattfand, hatte über diesen Vorschlag zu entscheiden. An ihm beteiligten sich auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die erste „freiwillige“ Tat dieser Bewegung war der Ausschluß der eingeladenen gegnerischen Presse von den Verhandlungen. Einige Heißsporne verlangten mit Rücksicht auf die Stimmung der Massen die sofortige Proklamation des Generalstreiks. Auf Betreiben der ersten Führer aber wurde dieser für einen späteren Zeitpunkt beschlossen. Ein Komitee soll die Vorbereitung des Streiks in die Hand nehmen und ihn proklamieren, sobald es die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Arbeitermassen bereit sind und der Augenblick günstig ist. Dem Komitee gehören an der Generalrat der Partei, die Generalkommission der Gewerkschaften (!), der Vorstand des Genossenschaftsverbandes (!) und die Vorstände der gewerkschaftlichen Berufsverbände (!). Das kennzeichnet die enge Verbindung, die auch in Belgien zwischen der politischen Sozialdemokratie und ihren gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen besteht.

Das Komitee soll die Vorbereitung des Streiks in ununterbrochener Tätigkeit und „mit allen tauglichen Mitteln“ betreiben. Man wird also darnach streben, die Leidenschaften der Massen bis in ihre tiefsten Tiefen aufzuwühlen. Im gegebenen Moment wirds dann aber kaum möglich sein, diese Leidenschaften zu bändigen. Schon auf dem Parteitag betonte ein Redner, daß ein mehrwöchiger Generalstreik nicht möglich sei, ohne daß es zu Straßendemonstrationen und blutigen Aufständen komme. Derselbe Ansicht vertrat ein weiterer Redner mit den Worten: „Wir in Charleroi glauben nicht an die Möglichkeit eines friedlichen Streiks.“ Derselbe Redner meinte, die beste Vorsorge gegen „tückische Ueberfälle“ der Polizei sei, daß man die Arbeiter in Stand setze, sich wirksam dagegen zu wehren. Demgemäß ist auch die in der Parteitagresolution enthaltene Beteuerung: „... wir wollen einen Streik ohne Aufstände und Blutvergießen“ einzuschärfen.

Die Leidtragenden eines derartigen politischen Butschs würden schließlich die betörten Arbeiter und die Gewerkschaften sein. Es ist darum sehr zu begrüßen, daß der kürzlich stattgefundene Gewerkschaftskongreß der belgischen christlichen Gewerkschaften in einer Resolution sich mit aller Entschiedenheit gegen einen derartigen Mißbrauch der Gewerkschaften ausgesprochen hat und zugleich die Aufstellung eines Sozialgesetzgebungsprogramms zeigte, wie der Arbeiterschaft in praktischer positiver Arbeit geholfen werden kann.

Aus unserer Industrie.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie hat in der ersten Woche des Juli in Berlin unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Tuchfabrikanten Regierungsassessor a. D. Emil Pastor-Wachen seine übliche Jahresversammlung abgehalten. Wir finden darüber in der Presse folgenden dürftigen Bericht:

„Im Jahresbericht erörterte Professor Dr. Lehmann-Wachen die wichtigsten Vorgänge im Bereiche der textilorganisatorischen Bestrebungen des letzten Jahres, wobei die Bedeutung einer weiteren Ausgestaltung der sachlichen Arbeitgeberverbände in der Industrie an Hand der gemachten Erfahrungen hervorgehoben wurde. Die statistische Lage der Arbeiterkämpfe in den Jahren 1909, 1910 und 1911 beweiße wiederum ein Fortschreiten der Bewegungen, obschon es bekannt geworden sei, daß die Arbeiterorganisationen selbst aus praktischen Erwägungen auf eine Einschränkung der Angriffe im Hinblick auf die ungünstige Lage der Konjunktur bedacht gewesen seien. Der Berichterstatter verbreitete sich im besondern über die Frage der Lohnstarife innerhalb der Textilindustrie, wobei der grundsätzliche Standpunkt einer Ablehnung des korporativen Lohnstarifvertrages von den wichtigsten

Gruppen des deutschen Textilgewerbes zum Ausdruck gebracht wurde. Bei der Beurteilung der internationalen Lage sei besonders im letzten Jahre die Tatsache in die Erscheinung getreten, daß namentlich in Frankreich und England mehr und mehr die Lösung der verschiedenen Probleme des Arbeitsverhältnisses in das politische Fahrwasser gebrängt worden sei, wobei wichtige Impponderablen der Unternehmerrstellung in Mitteleuropa gezogen worden seien, ohne daß wirklich praktische Erfolge der in Betracht kommenden gesetzgeberischen Schritte (englisches Mindestlohngesetz usw.) sich hätten erzielen lassen. Besondere Gefahren seien auch darin erkannt worden, daß die deutsche Gesetzgebung (Hausarbeitsgesetz, Kalifgesetz) Bestimmungen über die Wohnverhältnisse, und zwar vornehmlich aus politischen, nicht aus wirtschaftlichen Rücksichten vorziehe, wodurch bedenkliche präjudizierende Wirkungen für andere Gebiete zu besorgen wären. In der sehr angeregten Aussprache, die sich dem Geschäftsbericht anschloß, wurden die grundsätzlichen Ausführungen des Redners von den Vertretern der verschiedenen Bezirke anerkannt. Hierauf folgten Berichte über die Arbeiterbewegungen in den verschiedenen deutschen Textilbezirken, die das taktische Vorgehen der Gewerkschaften beleuchteten.“

Der bekannte Geist Dr. Lehmanns spricht aus diesem Bericht. Einen längeren Kommentar dem Bericht beizufügen, halten wir für unnützlich. Wir sind der Ueberzeugung, daß auch der Verband der deutschen Textilindustriellen den Arbeiterorganisationen das noch einmal konzubieren wird, was er heute so entschieden bekämpft.

Das Krüßen des Weberstischens.

Von der englischen Regierung ist in den letzten Monaten eine Erhebung über die schädlichen Gewohnheiten durchgeführt worden, die in der gesamten Weberei, insbesondere in der Leinen- und Baumwollindustrie eine weite Verbreitung besitzt. Sie wird gewöhnlich als das Krüßen des Weberstischens bezeichnet, weil der Weber zum Einfädeln des Fadens die Seite des Stischens an seinen Mund bringt und durch Ansaugen den Faden durch die Deje zieht. Die Hygiene hat nun gegen diesen Brauch Front gemacht, weil nach ihrer Meinung damit die Möglichkeit einer Uebertragung ansteckender Krankheiten verbunden sei. Nach gründlicher Untersuchung in den großen Textilindustrieregionen Englands, Schottlands und Irlands ist die von der Regierung eingesetzte Kommission zu dem Schluß gekommen, daß kein Beweis für diese Behauptung zu erbringen sei. Trotzdem wird zugestanden, daß jener Brauch bekämpft werden müsse, weil er den Forderungen der Sauberkeit und des Anstandes widerspricht.

Bei der Baumwollweberei gibt es schon jetzt Schiffchen, die das „Krüßen“ überflüssig machen, indem mechanische Mittel zum Durchsaugen des Fadens in brauchbarer Ausführung vorhanden sind. Für Flachsbäden dagegen scheinen diese Apparate nicht hinreichend zuverlässig zu sein, so daß bei der Leinenweberei die Gewohnheit des Krüßens immer noch mehr verbreitet ist. In einigen Betrieben aber ist es gelungen, durch geringe Veränderungen die Möglichkeit zu schaffen, daß der Faden zwischen Finger und Daumen durch die Deje gebracht werden kann. Die Sachverständigen geben ihr Endurteil dahin ab, daß jenes Krüßen des Weberstischens schon jetzt durchweg unterjagt werden könnte, da zum wenigsten das Durchziehen des Fadens mit kleinen Haken von gewisser Form bewirkt werden könnte. Dagegen hat man sich nicht zu der Empfehlung entschließen können, eine gesetzgeberische Maßnahme in dieser Hinsicht zu veranlassen.

Ein 10 Millionen-Projekt zur Förderung des Baumwollbaues in Deutsch-Ostafrika.

Ein 10 Millionen-Projekt zur Förderung des Baumwollbaues in Deutsch-Ostafrika ist der Baumwollbaukommission des Kolonialwirtschaftlichen Komitees bei ihren Aprilberatungen im Auftrage von Herrn Geheimrat Blesinger (Stuttgart) durch Herrn Konsul Bickel (langjähriger Leiter des Bombay-Hauses der Gebr. Volkhardt in Indien, jetzt Geschäftsführer der Baumwollpflanzungsgesellschaft Kilwa) vorgelegt worden. Die Herren sind der Ansicht, daß trotz des verdienstvollen Wirkens des Kolonialwirtschaftlichen Komitees und der von einzelnen Unternehmungen gebachten Opfer bisher nicht genug erreicht sei und daß daher die deutsche Baumwollindustrie, die am Erfolge des deutschen Baumwollbaues ganz besonders interessiert ist, sich zur Organisation eines größeren Unternehmens zusammen tun sollte. Durch Großkulturen würde man zudem in Ostafrika schneller vorwärts kommen als durch Eingeborenenwirtschaft. Die deutsche Baumwollindustrie soll gemeinschaftlich 10 Mill. Mark für eine Gesellschaft zusammenbringen, welche allmählich 12- bis 15000 ha mit Baumwolle zu bestellen hätte. Man hofft, etwa 10000 Ballen erzeugen zu können. Das Unternehmen ist als Versuchsunternehmen gedacht, welches den Nachweis führen soll, daß derartige Großbetriebe sich anfänglich verzinsen können. Um den Fabriken das Risiko zu erleichtern, wird vorgeschlagen, daß die Regierung auf 10 Jahre eine Zinsgarantie von 3 1/2 % übernimmt. Dafür soll andererseits dem Fiskus, wenn das Unternehmen eine höhere Verzinsung als 3 1/2 % ergibt, der Ueberschuß zufallen. Die Vertreter der Regierung, Geh. Rat Prof. Dr. Zoepfl und Geh. Rat Dr. Bülse, nahmen für die Regierung zum Projekt noch keine Stellung; Geh. Rat Bülse wies aber darauf hin, daß die Baumwollkultur in Deutsch-Ostafrika sich noch vollkommen im Versuchsstadium befinde, die gegenwärtige Jahresproduktion von 5000 Ballen für Deutsch-Ostafrika zwar schon eine ganz respektable Leistung, daß das Projekt aber viel-

leicht doch noch etwas verfrüht sei. Jedenfalls muß, ehe an ein so großes Unternehmen herangetreten wird, die Unsicherheit in der Arbeiterbeschaffung beseitigt werden durch eine von den Pflanzern schon lange erbetene staatliche Regelung der jetzt von Privaten betriebenen Anwerbung, die unzulänglich ist und zu Mißständen führt. — Seitens der Vertreter des Komitees wurden unter Hinweis auf die Arbeiterschwierigkeiten und die bisherigen Erfahrungen ebenfalls Bedenken vorgebracht.

Aus dem Verbandsgebiete.

An die Ortsgruppenverwaltungen.

Diejenigen Ortsgruppenverwaltungen, welche die

Abrechnung pro II. Quartal 1912

noch nicht eingesandt haben, werden dringend ersucht, diese bis spätestens 20. Juli cr. einzusenden.

Die präzise Einhaltung dieses Termins ist absolut notwendig, da das gesamte Material noch für den Geschäftsbericht für die Generalversammlung verarbeitet werden muß.

Um unliebsame Anmahnungen zu vermeiden, mögen daher diejenigen Ortsgruppen, die mit der Abrechnung noch zurück sind, diese unverzüglich einsenden.

Diejenigen Ortsgruppen, welche mit dem III. Quartal Lokalbeiträge neu eingeführt und zu diesem Zweck neue Marken erhalten haben, müssen die erübrigten alten Marken zugleich mit der Abrechnung einsenden.

Die Geschäftsstelle.

E. M. Schiffer,
Verbandsvorsitzender.

H. G. Schaffrath,
Zentralfassierer.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Wiederum stehen wir vor einer Verbandsgeneralversammlung. Auch ich möchte um etwas Raum im Verbandsorgan bitten, um den Kollegen und Kolleginnen meine Gedanken und Wünsche mitzuteilen.

In Nr. 27 unserer Zeitung äußerte sich ein Kollege aus Oberforstbach zur Lokalbeitragsfrage er; kommt als langjähriger Vertrauensmann und Vorstandsmittglied zu der Ansicht, daß es ein Unglück wäre, wenn Lokalbeiträge eingeführt würden. In dem Artikel werden die alten Einwände, Mitgliederverlust, schwierige Agitation usw. alle wieder aufgeführt. Gewiß müssen wir uns als Vertrauensmänner sagen, daß es für uns wieder Arbeit gibt, aber als alte Kollegen nehmen wir das gerne auf uns, wenn es zum Nutzen unseres Verbandes ist. Wenn wir als Vorstandsmittglieder und Vertrauensmänner in dieser Situation den Mitgliedern vorreden, daß es schwer ist, dann steht die Sache schon arg schief. Unsere Kollegen und Kolleginnen und auch diejenigen, die fern stehen, fragen nicht allein, was kostet der Verband? sondern fragen erst recht, was leistet derselbe? Wollen wir aber unsere Organisation weiter ausbauen, wollen wir vor allem eine starke Zentralkasse, dann dürfen wir auch nicht ein kleines Opfer scheuen; denn von einem kleinen Opfer kann doch nur die Rede sein.

Wenn wir Rundschau halten in unseren Kreisen, dann machen wir doch häufig die Erfahrung, daß bei manchen Gelegenheiten die 5 oder 10 Pfg. gar nicht so genau abgewogen werden. Sollten wir denn nicht erst recht für unsere Organisation dieses kleine Opfer bringen können? Es wird wohl keiner sagen wollen, daß wir dazu nicht in der Lage seien, wenn der gute Wille nur da ist. Es gilt aber für uns als Vertrauensmänner und Vorstandsmittglieder, daß wir zunächst mal den guten Willen haben und uns keine Schwierigkeiten vormachen, wo keine vorhanden sind.

Man wird jedenfalls einwenden, daß es doch Kollegen gibt, denen es schwer fällt, trotz des guten Willens, daß es Familienwörter gibt, die mit der Not des Lebens schwer zu kämpfen haben. Das wird gewiß keiner bestreiten wollen, aber eins haben wir auch als Vertrauensmänner erfahren, daß diejenigen Mitglieder, die den Augen und Vorteil der Gewerkschaftsbewegung zu schätzen wissen, welche nicht nur die direktesten Erfolge, sondern auch den allmählichen Aufstieg unseres Standes sehen, gern bereit sind, ein Opfer zu bringen, weil sie wissen, daß nur mit Hilfe der Organisation ein weiterer Aufstieg des Arbeiterstandes möglich ist. Die Sorge um unseren Stand und die Zukunft unseres Standes ist es, was uns veranlaßt und veranlassen muß, eine Organisation zu schaffen, so stark, daß sie von keinem Gegner überwunden werden kann. Derjenige Vertrauensmann, welcher es verstanden hat, die Mitglieder seines Reviers so zu schulen, daß sie die Notwendigkeit und Bedeutung der Organisation voll und ganz kennen, wird mit der Einführung der Lokalbeiträge weniger Schwierigkeiten haben.

Dann wird in demselben Artikel auch noch etwas geschrieben über die Jugendfrage. Den Wunsch, etwas mehr für die Jugend tun zu können, wird wohl mancher haben, auch der Vorschlag, eine Jugendbeilage zu schaffen, ist gar nicht übel. Doch eine Frage an den Einzelnen in Nr. 27 sei mir gestattet, woher das nehmen und nicht fehlen, wenn man kein Geld hat? Wenn wir da der Zentralkasse neue Lasten auflegen wollten, dann ist noch ein Grund mehr vorhanden, warum wir zur Einführung der Lokalbeiträge kommen müssen. Es ist leider nur zu wahr, daß die „freien“ Gewerkschaften bezüglich der Jugendlektüre voran sind, aber wir sollten auch nicht weniger opferfreudig sein als die „freien“. In den „freien“ Gewerkschaften ist man zum großen Teile bezugnehmend, Lokalbeiträge einzuführen; seien wir also nicht weniger opferwillig.

Besüglich der Lokalbeitragsfrage möchte ich den Vorschlag machen, daß die Ortsgruppen für die Deckung der täglichen Ausgaben selbst aufkommen müssen.

durch Erhebung eines Lokalaufschlages, wie hoch, ist Sache der Ortsgruppen selbst. Die 15% müssen ganz an die Zentralkasse abgeführt werden. Wenn unsere diesjährige Verbandsgeneralversammlung einen solchen Beschluß faßt, wenn unsere Kollegen und Kolleginnen draußen im Lande dafür arbeiten, dann werden wir mit umso mehr Zuversicht in die Zukunft schauen dürfen.

Auch ist in letzter Zeit in unserem Organ die Ansicht laut geworden, im Unterstützungsweesen eine Aenderung herbeizuführen, dahingehend, daß an der Arbeitslosenunterstützung Abstriche gemacht werden sollen, in der Weise, daß die Zusammenzählung der Arbeitslosentage wegfallen möge. Dieser Sache stehe ich weniger freundlich gegenüber und zwar darum, weil wir nicht zu gleicher Zeit Beiträge erhöhen und Unterstützungen kürzen sollen. Die Arbeitslosenunterstützung hat in der bisherigen Weise bei unseren Mitgliedern, wie auch in der Agitation, ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Arbeitgeber gehen bei einer schlechten Konjunktur sehr leicht dazu über, die Betriebe 1 bis 2 Tage in der Woche ruhen zu lassen, da wird auch die Arbeitslosenunterstützung in ihrer jetzigen Form freudig zu begrüßen sein. Wenn andererseits gesagt wird, es wäre eine gewisse Ungerechtigkeit, denen gegenüber, die 6 Tage arbeiten, aber vielleicht auf den einen oder anderen Stuhl auf Material warten müssen und auch nichts bekämen, so wird es doch schwierig sein, da eine genaue Grenze zu ziehen. Als Gewerkschaftler streben wir doch auch dahin, daß in solchen Fällen, wie Warten auf Material oder Reparaturen, vom Arbeitgeber die Vergütung gezahlt wird. Auch haben wir zu verzeichnen, daß in dieser Beziehung durch die Organisation manches erreicht worden ist und durch die Mitarbeit vieler noch manches zu erreichen wäre.

Unsere Kollegen und Kolleginnen, ganz besonders aber unsere Vorstandsmittglieder und Vertrauenspersonen, möchte ich zurufen: Wir wollen in Zukunft weniger nörgeln, weniger jammern und klagen, dafür aber umso kräftiger und intensiver arbeiten!

Sin alter Vertrauensmann.

Die Wöchnerinnenunterstützung betreffend.

In den „Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung“ von Nummer 27 unserer Textilarbeiterzeitung befaßt sich ein Kollege mit Vorschlägen, das Unterstützungsweesen betreffend. Der in diesen Vorschlägen enthaltene Punkt 8 veranlaßt die Unterzei. Note, im Interesse der verheirateten Kolleginnen einiges zu schreiben. Es heißt in dem Vorschlag: „8. Die Wöchnerinnenunterstützung fällt fort.“

Alle Achtung vor Kollegen, die um den Fortschritt im Verbands- und um das Wohl der Mitglieder besorgt sind. Aber — nennt man das vielleicht einen Fortschritt, wenn eine schon lange bestehende Unterstützung zurückgezogen werden soll? Und ist es nicht äußerst ungerade, gerade eine Unterstützung zu diesem Zweck herauszuwählen, die speziell den Frauen zugute kommt? Warum wählt der betreffende Kollege nicht die Meise, die Umzugs- oder Sterbeunterstützung aus — bei deren Wegfall dann Kolleginnen und Kollegen in Betracht kämen? Uebrigens sehe ich die Wöchnerinnenunterstützung als einen Zweig der Krankenunterstützung an; das ganze Krankentassenweesen steht auf diesem Standpunkt, indem es den Frauen Unterstützung und Hilfe gewährt und zwar — nach der neuen Reichsversicherungsordnung noch mehr wie früher! — Und diese Neuerungen sind von all denen, die es mit den Arbeiterfrauen gut meinen — auch von unseren christlichen Gewerkschaften — aufs herzlichste begrüßt worden! Welch ein Zeugnis stellen sich angehts dieser Tatsache diejenigen aus, welche von einem christlichen Verbandsweesen wünschen, daß er die Wöchnerinnenunterstützung fallen läßt.

Im Interesse unserer verheirateten Kolleginnen sage ich dagegen mit aller Entschiedenheit: Die Wöchnerinnenunterstützung darf nicht in Wegfall kommen.

Noch etwas anderes!

In allen Bezirken und in fast sämtlichen Ortsgruppen ist schon der vom Zentralvorstand gemachte Vorschlag, bezüglich Einführung von Lokalbeiträgen, diskutiert worden. Soweit ich aus den Ortsgruppenberichten habe erfahren können, sind es nicht die Kolleginnen gewesen, welche die größten Schwierigkeiten in dieser Frage gemacht haben. Wenn aus verschiedenen Berichten zu ersehen war, daß die Einführung des Lokalbeitrages „einstimmig“ beschlossen wurde, so waren doch die Kolleginnen auch mit dabei; aus anderen Orten konnte man erfahren, daß die Kolleginnen freudig ihre Zustimmung zu der notwendigen Reform erteilt haben! Und diese Opferfreudigkeit, dieser Opfermut, diese fortschrittliche Gesinnung der Kolleginnen soll nun wieder geschwächt werden durch die Ansicht, daß ihnen das Anrecht auf eine besondere Unterstützung genommen würde?

Und darum nochmals: Es darf nicht sein, daß die Wöchnerinnenunterstützung in unserem Verbandsweesen in Wegfall kommt. Deshalb erlaube ich mir auch, jeden Kollegen zu warnen — im Interesse des Verbandes und der Kolleginnen — je wieder einmal eine beratige Stellung zur Wöchnerinnenunterstützung einzunehmen.

Frau Anna Kumpf.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreudigkeiten.

Gera (Neuh).

Lohnbewegung der Färbereiarbeiter. Eine am Montag, den 8. Juli, hier stattgehabene Versammlung von Färbereiarbeitern und Arbeiterinnen beschloß, den Färbereibesitzern folgende Forderungen zu unterbreiten: Erhöhung der gegenwärtigen Löhne um 10%, Einführung der 55stündigen Arbeitswoche ohne Lohnabzug. Die Antwort der Färbereibesitzer wird innerhalb 20 Tagen erwartet.

Greiz (Sogland).

In der „freiwilligen“ Erhöhung der Löhne für Webereiarbeiter und Arbeiterinnen. In Nr. 27 dieser Zeitung brachten wir eine Bekanntmachung des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien zum Ab-

druck, die den Webereiarbeitern des Sächsisch-Thüringischen Gebietes eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15% verspricht. Die bürgerlichen Zeitungen schrieben darüber: „Die jetzige, bis jetzt 20prozentige Erhöhung der Löhne ist eine vollkommen freiwillige. Jedem welche Anträge oder Anregungen dazu aus Arbeiterkreisen haben nicht vorgelegen oder die Veranlassung dazu gegeben.“

Da diese Notiz geeignet ist, die öffentliche Meinung von den wahren Ursachen der „freiwilligen“ Lohnerhöhung abzulenken, sehen wir uns veranlaßt, auf die näher einzugehen:

Schon im Januar des Jahres 1911 unterbreitete unser Verband dem obengenannten Webereiverbande eine Forderung, die sich mit den jetzt gemachten Zugeständnissen deckt. Nicht minder wurde im Oktober vorigen Jahres eine allgemeine Erhöhung der Löhne erbeten. Es hat also ein fortgesetztes Drängen der gewerkschaftlichen Organisationen vorgelegen und die Arbeitgeber haben dann, freilich etwas spät, in anerkenntenswerter Weise dem Drängen der Arbeiterschaft stattgegeben. Doch vermochten die bis Ende des Jahres 1911 gemachten Lohnzulagen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Webereiarbeiter nicht zu heben. Der Handelskammerbericht für das Jahr 1911 weist sogar einen Rückgang der Löhne für Vollarbeiter nach. Und zwar betrug der durchschnittliche Tagelohn im Jahre 1909 M. 2,96, und im Jahre 1910 M. 2,87. Als ein mitbestimmender Faktor für die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage wird „eine auf innere Ursachen zurückzuführende Herabsetzung der Arbeitslust der Arbeiterschaft“ angegeben. Der Vorstand der Fäulheit, der im Handelskammerbericht der hiesigen Textilarbeiterchaft gemacht wird, ist zu Unrecht gelassen. Denn nicht durch das Zurückgehen der Arbeitslust, sondern durch das Sinken der Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters hat die Produktivität der hiesigen Textilindustrie nachgelassen. Das haben auch die Arbeitgeber nun erkannt und um die Produktivität zu steigern, wird „das wirtschaftliche Niveau besser gestaltet“ durch freiwillige Erhöhung der Löhne.

Aber noch ein anderer, viel bedeutenderer Grund, den die Greizer Zeitungen nicht genannt haben, lag für die Erhöhung der Löhne vor. Nämlich eine generell fünfprozentige Erhöhung der bisherigen Verkaufspreise der Erzeugnisse. Eine Erhöhung der Verkaufspreise ohne genügenden Grund läßt sich immer sehr schwer durchführen, und deshalb dürften die Lohnerhöhungen als Deckmantel benutzt worden sein. Allerdings glauben wir auch, daß das gute Herz der Arbeitgeber dabei nicht ganz still gestanden hat, wenn auch der Vorteil des Arbeitgebers dem des Arbeiters bei dieser ganzen Manipulation um das mehrfache übersteigt.

Die Abwanderung von geübten und tüchtigen Arbeitskräften aus der Textilindustrie in andere Berufe dürfte auch nicht ganz ohne Einfluß auf die „freiwillige“ Erhöhung der Löhne gewesen sein. In gerade beängstigender Weise nimmt die Frauenarbeit zu was aus der Tatsache hervorgeht, daß im Rhyland-Gebiet neben 30% Webern 70% Webereinarbeiter beschäftigt werden. Auch der Nachwuchs an jugendlichen Arbeitskräften läßt mit jedem Jahr viel zu wünschen übrig. So wurden im Jahre 1911 im ganzen Verbandsgebiet 390 Webstuhllehrlinge eingestellt, während das Jahr 1910 noch 606 aufzuweisen hatte. Der Industriezweig aber, der produktiv bleiben will — und daran haben ja die Arbeitgeber das größte Interesse — muß einen wirtschaftlich starken Arbeiterstamm aufweisen können.

Die Gründe für die „freiwillige“ Lohnerhöhung sind also zusammenzufassen in

dem fortgesetzten Drängen der gewerkschaftlichen Organisationen,

in dem Bestreben, durch die bessere Gestaltung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters die hiesige Textilindustrie produktiver zu gestalten,

für die generelle fünfprozentige Erhöhung der Verkaufspreise der Erzeugnisse genügender Grund, die Abwanderung tüchtiger, geübter Arbeitskräfte in andere Berufe zu verhindern und die Heranziehung eines größeren jugendlichen Nachwuchses.

So entsprang also die „freiwillige“ Lohnerhöhung nicht dem eigenen Triebe, sondern nur der Not gehorchend. Die Erhöhung der Produktivität der Industrie durch die fortgesetzte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Textilarbeiters, das ist auch das Ziel unseres Verbandes, und dieses Ziel wird unsere Mitglieder zur weiteren Agitationsarbeit antreiben.

M.-Gladbach.

Warnung vor Bezug nach Düsseldorf. Vom Düsseldorf Sekretariat des christlichen Metallarbeiterverbandes erhalten wir folgende Zuschrift: In der Westdeutschen Landeszeitung erschien vor einigen Tagen ein Inserat, in dem Jungschmiede, Zuschläger, Ofen- und Feuerarbeiter, Dreher, Schlosser usw. gesucht wurden. Rekrutanten wollen sich schriftlich an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse wenden.

Die Kollegen, die daraufhin schrieben, erhielten die Mitteilung, sich an einen Herrn Jos. Sistenich in Düren bei M.-Gladbach zu wenden. Dieser Herr schreibt den Leuten eine Bescheinigung aus, nach der er sie als Schlosser oder Dreher, oder sonstige Arbeiter annimmt. Unterzeichnet ist diese Bescheinigung: Gebr. Jaden, G. m. b. H. in Wollen. Jos. Sistenich.

Wir können die dortigen Kollegen vor Annahme derartigen Arbeit nur warnen. Bei der Firma Gebr. Jaden stehen die Arbeiter in Kündigung wegen Forderungen, die sich auf Verkürzung der Arbeitszeit, andere Regelung der Lohnzahlung usw. beziehen. In der schriftlichen Eingabe wurden vier Kollegen benannt, die beauftragt

waren, über die Forderungen der Arbeiter mit der Firma zu verhandeln. Am anderen Tage wurde diesen vier Kollegen gefündigt mit dem ausdrücklichen Bemerkten, weil sie in die Kommission gewählt seien.

Herr Znden steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter nichts zu verlangen haben. Er bestimmt, und die Arbeiter haben zu gehorchen. Er hat garnicht den Versuch gemacht, zu verhandeln. Dabei beträgt die Arbeitszeit bei Znden 11 Stunden, während sie sonst in Düsseldorf allgemein 9 1/2 bis 10 Stunden beträgt. Die Behandlung durch Herrn Znden läßt ebenfalls zu wünschen übrig. Daß man nicht geprügelt wird, ist alles.

Wir bitten deshalb die M.-Glabbacher Kollegen, jenen Zugang nach der Firma Gebr. Znden zu unterlassen.

Ebenfalls wird in der Fittingsfabrik von Woecke gestreikt, ferner auf dem Werk Rhönitz und bei der Firma Stahlwerk Deking. Sollten Versuche nach dieser Seite hin gemacht werden, warnen wir die Kollegen vor Arbeitsannahme auf diesen Stellen.

Sennheim (Elsäß).

Ein Streik der Spinnereiarbeiter. Im benachbarten Sandozweiler stehen die Spinner, Anseher und Aufseher, etwa 100 an der Zahl, seit etwa zwei Wochen im Streik. Schon seit über Jahresfrist machte sich unter den betreffenden Arbeitern eine Bewegung um Verbesserung ihrer mangelhaften Lohn- und Arbeitsverhältnisse bemerkbar. Sie hatten sich gleich zu Anfang zum größeren Teil im sozialdemokratischen Verband organisiert und waren unter der Zeit schon einmal in einen wilden Streik eingetreten. Ein rigoros gehandhabtes Strafsystem bildete damals den Hauptgrund. Zu Beginn des letzten Monats nun wurden Forderungen auf Erhöhung der Spinner-, Anseher- und Aufseherlöhne eingereicht. Weil diese immerhin mäßig gehaltenen Forderungen seitens der Firma keine Berücksichtigung fanden, kam es zum Streik. Von unserem Verband sind acht Mitglieder beteiligt. Nach etwa 10 tägiger Streikdauer hat die Firma den ganzen Betrieb stilllegen müssen, so daß jetzt ca. über 300 Arbeiter feiern. Jedoch hat sich die Firma auch dann noch nicht zu Zugeständnissen herbeigelassen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bremen. Von hier wird uns geschrieben:

Döbler, der Gauleiter des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in Hannover, vertritt sich in seiner Eigenschaft bei der Abwehr der Angriffe, die ihm unsere Kollegen anlässlich der Bewegung in Neumünster zugefügt haben und beruft sich auf den letzten Streik in Bremen, ohne zu bedenken, daß die Leitung dieses Streiks auf der Jute- Spinn- und Weberei durch keine Person zum Nachteil der ganzen Belegschaft geführt hat.

Döbler ist für mich abgetan, aber der Allgemeinheit diene der kurze Sachverhalt zur Kenntnis. Schon bei Aufstellung der Forderungen hat man uns trotz unserer Anfragen nicht mitberaten lassen. Deutscherseits war die Lohnaufbesserung Neben- und wöchentliche Lohnzahlung Hauptfache. Böse Zungen behaupten, sie könnten sonst die Mitgliedsbeiträge nicht von den Mitgliedern einbekommen. Christlicherseits war Lohnaufbesserung und einheitlicher Arbeitschluß Hauptfache und die Art der Lohnzahlung Nebenfache. Trotzdem haben wir auch die wöchentliche Lohnzahlung mitvertreten, um die Einheitlichkeit der Bewegung nicht zu gefährden. Es stellte sich nun schließlich heraus, daß auch nicht die Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes die wöchentliche Lohnzahlung gefordert hatten, sondern diese Forderung war durch den Geschäftsführer Daus erhoben worden.

Die Direktion ließ sich auf die Milderung der Lohnzahlung nicht ein, umsonstiger, da es ihr bekannt war, daß Herr Daus der eigentliche Antragsteller war. Sie erklärte jedoch, wenn diese Forderung fallen gelassen würde, wolle die Firma den einheitlichen Arbeitschluß bewilligen und wegen der Lohnhöherungen in Verhandlungen eintreten. Die „Deutschen“ wollten sich hierauf nicht einlassen. Erst später, als der Streik schon offensichtlich verloren war und die Fabrik die Gewerkschaften nicht mehr fürchtete, da entschloß man sich, die wöchentliche Lohnzahlung fallen zu lassen.

Wenn irgendwo ein Gewerkschaftsführer, dann hat Herr Döbler in Bremen die Situation verkannt. Es hat sich dieses ja auch bitter genug gerächt.

Als die ersten Arbeitswilligen sich der Firma zur Verfügung stellten, da waren es neben den unorganisierten solche Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, die früher den Mund recht voll genommen hatten. Schlechtlich waren tatsächlich mehr „frei“ Organisierte wieder im Betrieb tätig, als auf christlicher Seite Mitglieder überhaupt gezählt werden konnten.

Da sollen nun die bösen Christlichen die Schuld an dem unruhigen Ausgang des Kampfes haben.

Es ist dieses eigentlich zum Lachen. Gerade Herr Döbler hat alles getan, um die Reibungsflächen zwischen den beteiligten Organisationen zu vergrößern, anstatt darauf Bedacht zu haben, daß es zu Verhandlungen kam. Es war ein offenes Geheimnis, daß der Streik bis zur Reichstagswahl durchgeführt werden mußte. Sonst könnte eventuell die sozialdemokratische Partei Schaden haben. Und richtig, am Tage nach der Reichstagswahl gaben die Genossen den Kampf auf. Nun will Döbler wie alle guten Leute, den „Ruhm“ gern von sich auf andere abwälzen. Es steht jedoch fest, daß seine „geschickte“ Art der Kampfführung Hauptschuld an der Niederlage der Arbeiterschaft ist.

Auch mit seiner Zahlenstärke ist es, wie im roten Verband im allgemeinen, nicht weit her. Wo es sich um eine ernste Vertretung der Arbeiterinteressen handelt, ist seine große Zahl machtlos, wenn, durch ihren politischen Radikalismus verblendet, sie das Nächstliegende nicht sieht.

Es sollte sich daher jeder denkende Arbeiter und jede Arbeiterin fragen, kann eine solche Organisation meine Interessen wirksam vertreten oder ist hier alles nur Phrasenbeschwerei? Mit Schimpf und Machtparade, auch, indem man einen Generaldirektor bezeichnet als einen Mann, der von der in Frage kommenden Sache „so wenig versteht, wie der Ochse vom Sonntag“, damit kann man sich wohl vor einer urteilslosen Masse hinstellen und vor diese einen Wagnisrückgang erzielen, jedoch nie einen schweren

Kampf gewinnen. Wenn man nun nach jedem verlorenen Streik die bösen Christlichen als die Schuldigen hinstellt, dann wirkt dieses schließlich geradezu lächerlich. Sonst sind diese ja im Munde der Genossen völlig bedeutungslos. Wenn sie aber beschuldigt werden können, einen Streik ungünstig beeinflusst zu haben, dann sind sie groß genug, um die armen Genossen zur völligen Ohnmacht zu verurteilen. Man sieht, bald so, bald so, grad wie es trifft.

Die Niederlage, die die Arbeiterschaft der Jute- Spinn- und Weberei im letzten Streik erlitten haben, ist ganz allein auf das Konto der Herren Döbler und Genossen zu setzen. Wir unsererseits verzichten darauf, vom Herrn Döbler den traurigen „Ruhm“ uns in die Schuhe schleben zu lassen.

Goesefeld. Eine bedeutsame Veranstaltung konnte unsere Ortsgruppe am 29 Juni begeben. Galt es doch, in würdiger und feierlicher Weise das Fest des 10jährigen Bestehens unserer Ortsgruppe zu feiern. Das Programm des Festes, welches in Konzert, Kinderbescherung und Bewirtung, Kunstfahrten des aus christl. Gewerkschaftlern bestehenden Radfahrerbundes „Einigkeit“, Festrede des Bezirksleiters Otte und anschließendem Festball bestand, wurde in schäufster und harmonischer Weise erledigt. Dem ersten, nachdenklichen Gewerkschaftler könnte fast des Guten zuviel in dem Programm für eine gewerkschaftliche Veranstaltung erscheinen. Jedoch — und mit Recht wurde auch dieses hervorgehoben — nicht als Fest schlechthin, dem der Gedanke des Vergnügens innewohnt, wurde die Veranstaltung von den Kollegen und Kolleginnen betrachtet, sondern als eine äußerliche Kundgebung dafür, daß die Kollegen und Kolleginnen Goesefelds die Bedeutung der verflohenen 10 Jahre zu schätzen wissen. Und zugleich wollten sie damit auch fundgeben, daß sie sich bewußt sind, für eine große Idee zu arbeiten. Unter diesem Eindruck und in dieser Stimmung verlief denn auch das Fest in echt gewerkschaftlichem und kameradschaftlichem Geiste, ohne den leisesten Miston. Waren es doch Gewerkschaftler mit ihren Familien, die an dem Tage die Erinnerungen verflohenen Jahre im Geiste wieder aufleben ließen und sich Mut und Kraft holten, für die weitere und zukünftige Arbeit.

Auf diesen Ton war auch die Begrüßungsansprache unseres Kollegen Hemming und die Festrede unseres Bezirksleiters Kollegen Otte gestimmt. Besonders gedachten die beiden der 8 Kollegen, welche seit dem Gründungstage, dem 1. November 1901, ununterbrochen dem Verbands angehörten, nämlich die Kollegen W. Roters, W. Lunge und H. Ehn. Seit dem Gründungstage sind dieselben ununterbrochen tätige Mitglieder gewesen. Der 1. November 1901 ist der Gründungstag der Goesefelder Ortsgruppe. „Alein und bescheiden“ war der Anfang und erst im folgenden Jahre, Anfang 1902, erfolgte ein größerer Aufschwung und Zuwachs. Kollege Hemming erinnerte in inhaltvollen Worten dieser Gründungs- und Entwicklungsperiode, des Anwachsens der Ortsgruppe aus kleinen Anfängen heraus. Er hob besonders die geleistete kulturelle Arbeit des verflohenen Jahrzehnts hervor, deren Erfolg auch in der geistigen Reife und gesellschaftlichen Achtung der Gewerkschaftler in die Erscheinung tritt. Das hohe Ziel des Gewerkschaftlers, daß sich leuchtend abhebt von dem Egoismus und hemmenden Absteifen der Unorganisierten, soll uns Richtschnur und Antrieb sein, für begeisterte, unentwegte Weiterarbeit im Dienste des christlichen Textilarbeiterverbandes. In das in diesem Sinne ausgebrachte Hoch stimmten die Anwesenden begeistert ein. Kollege Otte hielt hierauf eine begeisterte Festrede. Er warf zunächst einen kurzen Rückblick auf die Gesamtentwicklung der christl. Gewerkschaften und anschließend daran einen Rückblick auf die Entwicklung unserer Ortsgruppe und die unseres Verbandes im Münsterlande. Es ist nicht möglich, die wertvollen Ausführungen im einzelnen hier wiederzugeben, jedoch dürfen wir die Hauptgedanken hier anführen: „Der organisatorische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolg der christlichen Gewerkschaften, ihr Einfluß im öffentlichen Leben, der den der stärkeren sozialdemokratischen Bewegung bei weitem übertrifft, war nur möglich, so führte Redner aus, auf Grund gefundener Prinzipien, unermüdblicher Arbeit und großer Opferwilligkeit. Wir alle freuen uns dieser Entwicklung, und unser Vorstoß und Streben muß sein, lebendige Mitglieder dieser machtvollen Bewegung zu sein. So wie die Gesamtentwicklung „ihre Geschichte“ hat, so hat auch jeder Ort seine „kleine“ oder „große“ Geschichte. Und gerade die Geschichte der Ortsgruppe Goesefeld ist reich an „gewerkschaftlichen und bewegten Bildern“. In das Jahr der Zentralisation unseres Verbandes fällt auch die Gründung der Ortsgruppe Goesefeld. Kämpfe hat es gekostet, Kämpfe, die mit der dem Westfalen eigenen Zähigkeit geführt werden mußten, um uns die Anerkennung zu erringen. Noch heute lehnt ein großer Teil der münsterländischen Arbeitgeber in „altem unzeitmäßigen Verrentroß“ ein Verhandeln von Organisation zu Organisation ab. Bereits im Jahre 1902 entbrannte der erste Kampf — mit anschließender Aussperrung — der seinen Ausgang in Goesefeld nahm. Das war ein Kampf, so führte Kollege Otte aus, von fast nur grundsätzlichen Charakter. Ein Kampf um Menschenrechte, um das Koalitionsrecht. Die Textilarbeiterschaft war aufgestanden und die Arbeitgeber, Behörden und Öffentlichkeit standen anfangs fast verblüht unserer Bewegung gegenüber; erstere dazu kampfbereit und grundsätzlichen ablehnend. Die Goesefelder Bewegung von 1902 wirkte auf rüttelnd unter der Textilarbeiterschaft des Münsterlandes. Und manches hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Die Anerkennung im allgemeinen haben wir uns errungen. Wer heute die organisierte Textilarbeiterschaft des Münsterlandes betrachtet, der müßte blind sein, sehe er nicht die in den verflohenen Jahren geleistete Kulturarbeit. Die weiteren hauptsächlichsten Kämpfe im Münsterlande streifend, kommt Redner dann auf die große Aussperrung vom vorigen Jahre zurück, die wiederum ihren Ausgang in Goesefeld nahm. Wenn auch in dem Kampfe für die Arbeiter der bestreikten Firma ein voller Erfolg wegen der gegebenen Umstände nicht erzielt werden konnte, so hat doch, hinsichtlich des Punktes, um den sich die Aussperrung drehte, der Verband münsterländischer Textilarbeiter eine moralische Niederlage erlitten. Im Ganzen kann die Ortsgruppe Goesefeld mit Genugtuung auf ein Jahrzehnt geleisteter gewerkschaftlicher Arbeit zurückblicken. Wenn auch gegenwärtig — gleichsam im Gegensatz zur allgemeinen Situation — in den meisten Textilbetrieben Goesefelds eine sehr schlechte wirtschaftliche Lage vorzufinden ist, welches naturgemäß auch auf den Stand der Ortsgruppe ungünstig einwirkt, so soll uns das nicht mutlos stimmen. Gerade in dieser Situation wissen wir, was wir am Verbands haben. Neben den direkten Werten liegt der Erfolg und Wert der Gewerkschaftsarbeit erheblich auf indirektem Gebiete. Durch die Gesamteinwirkung auf das Wirtschaft-, Gesellschafts- und soziale Leben, durch unser machtvolles Bekenntnis zu den christlich-nationalen Grundgesetzen, verrichten wir eine tausendfach segensbringende Arbeit. Und aus diesem Bewußtsein schöpfen wir Mut und Kraft für unser weiteres Streben. So wie der Vergangenheit Kämpfe an unserem Auge vorüberziehen und manche hingebungsvolle, gewerkschaft-

liche Tat wieder mit der Vergangenheit in uns lebendig wird, gilt es auch, frohen Mutes in die Zukunft zu blicken. Es gilt in alter Weisheit mit herer Begeisterung und unerschütterlicher Einigkeit weiter zu streiten für unsere große Sache, für unseren lieben christl. Textilarbeiterverband! „Das wolle Gott!“ Begeisterter Beifall folgte den Ausführungen unseres Bezirksleiters. Die begeisterte Stimmung hielt dann auch bis zum Schluß des Festes an. — Da wir wissen, daß unsere Reibaktion bei dieser Gelegenheit schon etwas durchgehen läßt, seien noch anerkennend die wirklich schönen Leistungen des Radfahrervereins, der, wie bereits anfangs betont, nur aus christlichen Gewerkschaftlern besteht, hervorgehoben. Alles in allem: das Fest war geeignet, seiner Bedeutung entsprechend, die Begeisterung für unsere gute Sache neu zu beleben, und die Erinnerung an dasselbe wird — so hoffen wir — fruchtbringend fortleben in unseren Reihen.

Krefeld. Unsere Generalversammlung am 16. Juni war verhältnismäßig gut besucht. Zur Tagesordnung stand: 1. Lokalbeitragsfrage, 2. Anträge an die Verbands-Generalversammlung. In einer Vorbesprechung des Vorstandes mit Vertrauensmännern waren verschiedene Anträge zur vorliegenden Tagesordnung formuliert worden, die der Generalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollten. Die Kollegen Esser und Marxquardt berichteten über die getätigten Vorarbeiten, sowie über die vorliegenden Anträge. (Darüber ist in Nr. 27 des Verbandsorgans berichtet). Die weitgehenden Anträge betreffs Einschränkung der Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung des Kollegen Delbrück hätten in der Vorbesprechung in dem Sinne Unterstützung gefunden, daß dieselben als ein Gegengewicht gegen die Bestrebungen auf Erweiterungen der Unterstützung gelten sollten. Nach der Stimmung, wie sie im Verbands herrschte, hätten dieselben keine Aussicht, auf der Verbands-Generalversammlung angenommen zu werden. In der jetzt folgenden Diskussion wurden die zwei Punkte der Tagesordnung zusammen beraten.

Kollege Delbrück begründete seine eingebrachten Anträge. Ebenfalls sei er für einen Lokalbeitrag von 10 bzw. 5 Pfg. Kollege Klappdor beantragte, die Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung solle anstatt innerhalb 52 Wochen während 104 Beitragswochen nur einmal bezahlt werden. Im übrigen wendet er sich entschieden gegen eine radikale Einschränkung der Unterstützungen. Kollege M. Pesch bringt folgenden Antrag ein:

„Ich beantrage, daß die Unterstützungen, die im Verbands sind, außer Streifenunterstützung, fortfallen, oder von den Mitgliedern freiwillig geschieht.“ Der Kollege ließ also nicht einmal gegenüber der Maßregelungs-Unterstützung Gnade walten. Jedenfalls hat er in dem Momente nicht daran gedacht, jedoch ist der vorstehende Antrag ein Beweis dafür, wie wenig ernst seine Anträge zu nehmen sind. Solche Selbstentan kann jedes Kind vollführen.

Weitere Anträge stellte der Kollege Mast. Von ihm hatte man zwar erwartet, daß er seinen bisher eingenommenen Standpunkt, nämlich radikale Einschränkung der Unterstützungen oder Abschaffung derselben, auch jetzt wieder vertreten würde. Jedoch zum größten Erstaunen der ganzen Versammlung, und besonders einiger seiner Freunde, sattelte er plötzlich um und sprach für die Beibehaltung der Kranken-Unterstützung in der jetzigen Form. Mit Recht wurde vom Vorstand betont, daß man über die Stellung des Kollegen Mast einfach pass sei. Sonst ist man von dem Kollegen Mast nicht gewohnt, daß er seinen alten Standpunkt und seine „Ueberzeugung“ so schnell wechselt. Weiter sprach der Kollege Mast für Sparsamkeit im Verbands. Dabei konnte er selbstredend nicht an die Beamten vorbeikommen.

Seine diesbezüglichen Ausführungen waren ein Appell an die niedrigsten Leidenschaften. Unter anderem meinte er auch, daß unser Verbandsorgan zu groß sei, es werde doch nur von 5% der Mitglieder gelesen. Er beantragte deshalb, daßselbe solle verkleinert werden, um zu sparen. Die letzten Ausführungen fanden natürlich bei dem Kollegen M. Pesch lebhaften Widerhall, allerdings kann man nicht immer recht verstehen, was dieser Kollege eigentlich sagen will. Unter anderem griff auch der Zentralvorsitzende, Kollege Schiffer, in die Diskussion ein. Nachdem er zuerst näheres über die Reformbestrebungen im Verbands gesagt hatte, besetzte er sich mit den radikalen Anträgen, die undurchführbar seien. Sodann verurteilte er unter Beifall der Versammlung das Verhalten einzelner Kollegen, wodurch der Verband nur geschädigt würde. Wenn der Kollege Mast gemeint habe, daß das Verbandsorgan nur von 5% der Mitglieder gelesen würde, so sei das nur eine Behauptung. Das aber der Kollege Mast das Organ nicht lese, dafür zeugten seine Anträge, sowie sein Verhalten überhaupt. Nachdem noch mehrere Diskussionredner gesprochen hatten, folgte die Abstimmung über die eingebrachten Anträge. Der Antrag Pesch auf gänzliche Abschaffung der Unterstützung außer Streifenunterstützung wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Ebenso entschieden wurde der Antrag Mast, der eine Verkleinerung des Verbandsorgans will, abgelehnt.

Angenommen wurden folgende Anträge: Die Generalversammlung unseres Verbandes wolle beschließen:

- 1. Die Arbeitslosenunterstützung wird bei unverändertem Arbeitslohn, aber nur bei Entlassungsfällen, nach einer Karenzzeit von 7 Tagen gewährt. Die Höchstunterstützungssätze können innerhalb 2 Jahren nur einmal bezogen werden.
- 2. Krankenunterstützung. Die Höchstunterstützungssätze können innerhalb zwei 2 Jahren nur einmal bezogen werden.
- 3. Lokalbeiträge. Die Beiträge werden wie folgt reformiert:
 - a. Alle männlichen Mitglieder über 18 Jahren zahlen einen Lokalbeitrag von 10 Pfg wöchentlich.
 - b. Alle weiblichen Mitglieder und die jugendlichen männlichen Mitglieder unter 18 Jahren, sowie die Heimarbeiter zahlen einen Lokalbeitrag von 5 Pfg, wöchentlich.Sodann beschloß die Generalversammlung mit großer Mehrheit, daß eine Beitragsreform wie in vorstehendem Antrage Nr. 3 vom 1. Juli d. J. ab für die Ortsgruppe Krefeld in Kraft treten solle. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Die Versammlung hat über die Stimmung zu den verschiedenen Fragen Aufklärung gebracht. Der Vorstand weiß jetzt, was er von den Stimmungsbildern einzelner Kollegen zu halten hat. Er steht zwar vor wie nach auf dem Standpunkte, daß jedes Mitglied berechtigt ist, wenn notwendig, sachliche Kritik zu üben, daß aber andererseits notwendig ist, mit den immerwährenden Stänkereien einzelner gründlich aufzuräumen. Die letzte Zeit hat gezeigt, daß er in diesem Bestreben bei den Mitgliedern immer mehr Unterstützung findet.

Mühlhausen i. Gf. Unsere Ortsgruppe will in dem Bestreben, eine Stärkung unserer Zentralkasse herbeizuführen, hinter anderen Gruppen nicht zurückbleiben! Das war der Gedanke, der unsere außerordentliche Generalversammlung

vom 2. Juli beherrschte. Auf der Tagesordnung stand die wichtige Frage der „Einführung eines Lokalbeitrags“. Unsere Mitglieder haben bewiesen, daß sie diesem Punkte, zu welchem der Ortsgruppenvorstand vorschlug, ab 1. Januar 1913 einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche zu erheben, volles Verständnis entgegen brachten. Nach einem Referat des Kollegen Bilger über unserer Verbandsgeneralversammlung und die Notwendigkeit der Stärkung unserer Zentralliste, wozu Kollege Simoné noch einige Ergänzungen machte und nach einer interessanten und glänzenden Ansprache des bekannten Bergarbeiterführers Effert, der gerade in hiesiger Gegend weilte, stellte aus der Mitte der Versammlung ein Kollege den Antrag: den Lokalbeitrag bereits ab 1. Oktober zu erheben. Dieser Antrag fand dann auch einstimmige Annahme.

Als Kandidaten für die Delegiertenwahl zur Verbandsgeneralversammlung wurden aufgestellt: Kollege Simoné als Delegierter und Kollege Brisinger als Ersatzmann. Den Mitgliedern unserer Ortsgruppe diene jetzt schon zur Kenntnis, daß wir die Wahl bereits Sonntags den 4. August vornehmen werden, da wir am 11. August unser 10-jähriges Stiftungsfest feiern.

Wanlo. Die Gründung einer Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes konnte hier am Sonntag, 30. Juni, in einer öffentlichen Versammlung vollzogen werden. Der Referent, Kollege Röntgens aus Hochneutrich, verbreitete sich in klaren Ausführungen über Zweck und Ziel der christlichen Gewerkschaften. Nach dem Referat wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt als Vorsitzender Paul Janßen, als Kassierer Hermann Janßen und als Schriftführer Johann Kleinen. Außerdem wurde Peter Schröder noch als Beisitzer gewählt. Dann richtete der Bezirksleiter Herr Hermes noch einige belehrende Worte an den Vorstand und schloß mit dem Wunsch, daß unsere neue Ortsgruppe wachsen, blühen und gedeihen möge.

(Nachschrift der Redaktion: Wir schließen uns diesem Wunsch des Kollegen Hermes an und rufen zugleich der neuen Ortsgruppe ein herzlich willkommen zu.)

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Das Sterben an Tuberkulose. Nach den neuesten Medizinalstatistischen Mitteilungen aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamt über die Sterbefälle im Reich 1908 und über die Todesursachen sind in diesem Jahre im ganzen gestorben 1135341 Personen, davon 544803 weibliche, 590256 männliche Personen. Es sind also 45453 männliche Personen mehr gestorben als weibliche.

An Tuberkulose der Lungen starben 95402 Personen, also fast der zehnte Teil der Verstorbenen (genau 8,4%). Gegen das Jahr 1907 ist allerdings eine Abnahme von 2,2%, im ganzen von 2153 Personen zu verzeichnen. Dagegen stieg die Zahl der durch andere Formen der Tuberkulose als Lungentuberkulose veranlaßten Sterbefälle um 0,4% von 15135 auf 15200 und die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose anderer Organe als der Lungen von 13774 auf 13791 also um 0,12%.

An Tuberkulose sind nach den Sterbelisten 4978 Kinder des ersten Lebensjahres gestorben. An Lungentuberkulose sind im Jahre 1908 insgesamt 20582 Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren gestorben. An der Tuberkulose starben 14068 Kinder in diesem Alter, das ist mehr als der 10. Teil aller aus bekannter Ursache Gestorbenen. Auch unter den Personen im Alter von 15 bis 30 Jahren hat die Tuberkulose stark aufgeräumt. Es starben während des Jahres 1908 daran 45,1 von je 100 aus bekannten Ursachen Gestorbenen; absolut waren es 14888 männliche, 17320 weibliche Personen, die der Tuberkulose erlagen. Die meisten Sterbefälle männlicher Personen, 232 auf je 10000 Lebende, hatte Bremen; dann folgt Bielefeld, sodann das lutherische Bayern mit 223 Sterbefällen. Von den weiblichen Personen sind an Tuberkulose gestorben in Hohenzollern 427, in Baden 332, im lutherischen Bayern 303 und in Elsaß-Lothringen 292 auf je 10000 Lebende.

Diese Biffern zeigen, daß die Tuberkulose in erster Linie eine Kinderkrankheit ist. Wie heute so ziemlich allgemein bekannt sein wird, die Lungentuberkulose ist übertragbar. Eine Mutter oder ein Vater, die an Tuberkulose leiden, können ihre Kinder leicht anstecken. Die Übertragung der Krankheit kann nur durch feinste Keimlichkeit verhindert werden. Insbesondere muß mit dem Auswurf vorsichtig umgegangen, dieser in Flaschen oder Köpfe aufgefängt und dann vernichtet werden. In einer Wohnung, in der ein Kranker seinen Auswurf um sich verbreitet, sind vorhandene kleine Kinder direkt gefährdet. Sie kriechen auf dem Fußboden herum, krabben Staub und Schmutz auf, der dann an den Fingern haften bleibt. Bei der Gewohnheit kleiner Kinder, ihre Finger recht oft in den Mund zu bringen, vollzieht sich dann die Ansteckung. Insbesondere lungentranke Eltern müssen deshalb auf ihre Kinder recht acht haben und ihnen besondere Fürsorge angedeihen lassen.

Reinlichkeit in Haus und Hof, am Körper, in der Wäsche und Kleidung ist das beste Mittel zur Verhütung von Krankheiten. Zu jenem Vortrag gelegentlich der Tuberkulosen-Ausstellung in Berlin-Wilmersdorf sagte Prof. Dr. Stegner: „Daß zwei Menschen die gleiche Zahnbürste, das gleiche Handtuch, das gleiche Taschentuch gebrauchen, aus der gleichen Tasse trinken, muß die Jugend als unzulässig erlernen, weil es ein Weg ist, um Krankheiten zu verbreiten.“

Nicht zu weit vorgeschrittene Lungentuberkulose ist heilbar, und zwar durch eine einfache diätetische Methode in den Lungenheilstätten. Frische Luft und saftige Nahrungsaufnahme wirken oft Wunder. Die Kranken, die der Alters- und Invalidenversicherung unterliegen, können in den Lungenheilstätten der Versicherungsanstalten untergebracht und geheilt werden.

Verwundeter Weise gibt es heute noch Leute, die sich im Krankheitsstadium befinden, in einer solchen Heilstätte nicht ärztlich behandeln zu lassen. Ganz falsche Anschau-

ungen sind da ausschlaggebend. Die Lungenheilstätten haben schon vielen Segen gestiftet und mancher, der als Todesandidat die Heilstätte betrat, hat sie nach wenigen Monaten Kur gesund wieder verlassen.

Viel zu wenig wird auch berichtet, daß die Tuberkulose eine Wohnungsrankeheit ist. Das Zusammenbringen vieler Personen in einer kleinen Wohnung ist Krankheiten förderlich. Stabsarzt Dr. med. Wegel-Berlin hat in seinem Vortrag auf der hier schon einmal genannten Tuberkulosenausstellung betont: „Die Wohnungsfrage ist zurzeit die wichtigste in der Bekämpfung der Tuberkulose.“ Die Wohnungen sollten gut gereinigt und häufig gelüftet werden, um die verbrauchte Luft aus dem Zimmer fortzuführen und reine Luft dafür hereinzulassen. Nach Möglichkeit soll jeder Bewohner sein eigenes Bett haben, vor allem aber Schwindsüchtige, die niemals mit anderen zusammenschlafen dürfen in einem Bett, sondern womöglich in einem besonderen Schlafraum. Es sollte fernhin niemand in eine Wohnung ziehen, von der er weiß, daß dort ein Schwindsüchtiger gewohnt hat oder gestorben ist, ohne daß vorher desinfiziert worden ist. Gesundes Wohnen kostet allerdings Geld. Ungeordnetes Wohnen aber die Gesundheit, die häufig das einzige Kapital ist, das die Arbeiter besitzen. Und doch, wie gleichgültig stehen noch so Viele der Wohnungsfrage gegenüber! Das wird anders werden, wenn die christlichen Gewerkschaften und Arbeitervereine hier ununterbrochen aufklärend wirken und auch die öffentliche Meinung beeinflussen. Alle Beteiligten müssen die verhältnismäßig geringe Zahl von Hygienikern und Sozialpolitikern unterstützen, in dem Bestreben, auf dem Gebiete des Wohnungswesens bessere Zustände zu schaffen, um so auch der Tuberkulose Abbruch zu tun. P. S.

Ueber die Lohnverhältnisse der Textilarbeiter besitzen wir heute kein zuverlässiges Bild. Daß die Angaben der Berufsgenossenschaften zur Beurteilung der Arbeiterlage in der Textilindustrie nicht gut brauchbar sind, haben wir wiederholt nachgewiesen. Wir haben nun in unserem Verbands seit einigen Jahren Erhebungen über die Löhne unserer Mitglieder gemacht. So unvollkommen die Erhebungen auch sein mögen, nicht zuletzt infolge der bedauernden Interessiertheit unserer Mitglieder in dieser Sache, so haben sie uns doch bei dieser oder jener Lohnbewegung schon manchen Dienst getan.

Auch der „deutsche“ Textilarbeiterverband hat solche Lohnhebungen veranstaltet. In der sozialistischen Zeitschrift „Die neue Zeit“ gibt das Zentralvorstandsmitglied Jäckel einige Ergebnisse dieser Erhebungen in einem längeren Artikel bekannt. Die Statistik umfaßt das zweite Halbjahr 1910 und wurde aufgestellt nach den wöchentlichen Lohnangaben von Mitgliedern. Es beteiligten sich an dieser Statistik 26223 Personen. Davon sind 17919 männliche und 8304 weibliche. Es verdienen:

	männliche	weibliche
7 M. pro Woche und darunter	18	302
über 7 bis 8 M.	41	362
8 - 9	94	738
9 - 10	230	1380
10 - 12	799	2321
12 - 14	1559	1534
14 - 16	2275	925
16 - 18	2406	466
18 - 20	2192	182
20 - 22,50 M.	2113	56
22,50 - 25 M.	2633	25
25 - 27,50 M.	1227	2
27,50 - 30 M.	1085	3
30 - 33	629	3
33 - 36	618	5

Die beteiligten Mitglieder befanden sich in folgenden Altersklassen:

	männliche	weibliche
bis 18 Jahre	993	884
von 19 - 21	1442	1252
22 - 30	4930	2699
31 - 40	5596	1931
41 - 50	3122	997
51 - 60	1448	465
61 und mehr	398	70

Jäckel führt noch die Angaben Edmund Gröllichs an. Er hat nach den Lohnlisten eines Unternehmers in der Oberlausitz (Sachsen) die Löhne von 200 Webern und Weberinnen festgestellt. Es hatten:

	Jahresarbeitsverdienst
5 Weber bis 21 Jahre alt	654,50 M.
14 Weber 22 - 35	680,25
42 - 36 - 50	730,80
20 - über 50	568,10

	Jahresarbeitsverdienst
15 Weberinnen bis 21 Jahre alt	530,85 M.
44 Weberinnen 22 - 35	624,30
49 - 36 - 50	614,70
11 - über 50	554,55

Durchschnittslohn der Weber 671,15 M.
Durchschnittslohn der Weberinnen 602,15 M.
Der Durchschnittslohn der 200 Weber und Weberinnen beträgt 632,50 M.!

Diese Angaben zeigen die durchaus ungenügende Entlohnung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen. 34,6 Prozent der beteiligten männlichen Personen verdienen nach der Verbandsstatistik 25 M. pro Woche und mehr. 65 Prozent mußten sich mit niedrigeren Löhnen begnügen. 1182 verdienen nur bis zu 12 M. Noch viel ungenügender steht es bei den Arbeiterinnen. 90 Prozent verdienen unter 16 M. pro Woche und 59 Prozent verdienen unter 12 M.

Versammlungskalender.

- Altenberg. 21. Juli, 11 1/2 Uhr, bei Hub. Brandt, Generalversammlung.
- Biettrath. 20. Juli, 9 Uhr, bei Rudolf Gerats.
- Elberfeld. 20. Juli, 8 1/2 Uhr, im Lokale Herkenrath, Klobbahn.
- Fischeln. 28. Juli, 4 1/2 Uhr, bei Müller, Generalversammlung.
- Glauchau. 3. August, 1/29 Uhr, im „Meisterhaus“, Generalversammlung.
- Greiz i. Vogtland. 27. Juli, 1/29 Uhr, bei Gräfers, Generalversammlung.
- Greifrath. 28. Juli, 11 Uhr, bei Albert Reiners, Generalversammlung.
- Imgenbroich. 21. Juli, 5 Uhr, bei Ed. Hausener, Generalversammlung.
- Neuwert. 20. Juli, 9 Uhr, bei Anton Kommerstirchen, Generalversammlung.
- Nieukerk. 21. Juli, 11 1/2 Uhr, bei Joh. Gylmanns, Kleiner Saal oben.
- Rheindahlen. 28. Juli, 9 1/2 Uhr, bei Böcker oben, Generalversammlung.
- Schaag. 21. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Franz Mullenmeister.
- Schießbahn. 21. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Geschwister Hohnen, Generalversammlung.
- Verlautenheide. 21. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Jakob Kahlen, außerordentliche Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Johann Schmitz in Rheydt.
 - Wilhelm Schneider in Engelskirchen.
 - Jakob Küppers in Euenheim.
 - August Krümpel in Neuenkirchen.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Appretur der Seiden-, Halbseiden- und Samtgewebe. Von Walthar Knepscher. Mit 24 Abbildungen. (Bibliothek der gesamten Technik, Band 204.) Preis in Ganzleinen gebunden M.-1,80. (Leipzig 1912, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung.)

Es fehlte bisher an einem leicht verständlichen Werte über die Appretur der Seiden-, Halbseiden- und Samtgewebe, und wir begrüßen es daher mit besonderer Freude, daß sich hier ein erfahrener Fachmann bereit gefunden hat, einen Ueberblick über dieses Fachgebiet zu geben. Der Verfasser behandelt zunächst die Appreturmittel und ihre Bestimmung, die Zubereitung der Appreturmassen, die Appreturpräparate und geht dann ausführlich auf die Appretur der Seiden- und Halbseidengewebe (Aufbäumen, Sengen, Vorkalandern, Gummiieren, Niegeln, Quetschen, Spritzen, Zwischenbrechen, Spannen, Kalandern, Polieren, Brechen, Pressen, Messen, Legen, Aufrollen, Verpacken) ein. In gleicher Weise wird dann die Appretur der Florgewebe, dann die der Seiden- und Samtbänder behandelt und zum Schluß werden noch besondere Appreturverfahren: Moirieren, Gausfrieren oder Breissen, wasserdicke Appretur, feuerfichere Appretur, Perlimitationen, Beloutieren von Samt usw., Band-schneiden aus der Stüchware behandelt. Ein ausführliches alphabetisches Sachregister ermöglicht ein rasches Nachschlagen und 24 Abbildungen erleichtern das Verständnis des Textes. Wir empfehlen das gut ausgestattete, preiswerte Buch allen Interessenten.

Inhaltsverzeichnis.

- Uebersetzung. — Artikel: Aus dem Bericht des Gesamtverbandes. — Heimatische Arbeiterkurse. — Zur Heimarbeitersfrage. — Die Frau im Wirtschaftsleben. — Webblätter mit verstellbaren Nieten. — Feuilleton: Die Baumwollindustrie und die Baumwolle in der Volks- und Weltwirtschaft. — Allgemeine Rundschau: VI. Kongreß der christlichen Textilarbeiterorganisationen. — Die materiellen Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911. — Das „Schweigegebot“ für die christlichen Gewerkschaften. — Zur Jugendfrage. — Was ist Streikbruch? — In den Mitteln vergriffen. — Das unrühmliche Ende der Wolskade. — Die belgischen Genossen für den Generalstreik. — Aus unserer Industrie: Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie. — Das Können des Weberstischens. — Ein 10 Millionen-Projekt zur Förderung des Baumwollbaus in Deutsch-Ostafrika. — Aus dem Verbandsgebiete: An die Ortsgruppenverwaltungen. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Gera (Neuf). — Greiz (Vogtland). — M.-Glabach. — Senheim (Elsaß). — Berichte aus den Ortsgruppen: Bremen. — Coesfeld. — Krefeld. — Mülhausen i. E. — Wanlo. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Das Sterben an Tuberkulose. — Ueber die Lohnverhältnisse der Textilarbeiter. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

Mitglieder,
agitiert für den Verband!